

DER Offizier

Ausgabe 4/2016 × Zeitschrift der Österreichischen Offiziersgesellschaft



Personaloffensive |

Budgetdiskussion |

Von der ULV zur USV |

„Ich gelobe ... zu dienen“

OBSERVER

Unsere Gesellschaft – Soldaten und Spalter

Es ist wirklich schade, dass wir in Österreich anscheinend in getrennten „Welten“ leben. Eine Zweiteilung unserer Gesellschaft, wie erst vor Kurzem in Massenmedien getitelt? Wie ich auf diese Sicht der Dinge komme?

/ Es ist ein Faktum, dass sich unsere politische Führung um Sicherheit für die Bürger und Hilfe für Staaten in Not-situationen bemüht. Dass man dazu nun einmal für gefährliche Lagen Soldaten benötigt, wird wohl unbestritten sein. Und leider ereignen sich bei diesen Einsätzen auch Todesfälle, wie jene in Zypern, in Syrien, im Libanon und an anderen Orten, wo österreichische Soldaten im Namen und im Interesse unserer zivilen Bürger ihren Dienst leisten. Wäre es anders, wären sie wohl kaum dort. Seit 1960 haben rund 110.000 Österreicher, Frauen und Männer, in über 100 Friedens- und humanitären Einsätzen in 70 verschiedenen Ländern gedient. 52 Soldaten sind dabei ums Leben gekommen. Und wenn nun die politische Führung den Beschluss fasst, für diese Gefallenen von heute – und leider auch von morgen – eine Erinnerungsstätte zu errichten, dann sollten wir geschlossen hinter dieser Aktion stehen. Oder nicht? Ein Denkmal für das Bundesheer und die Soldaten der Zweiten Republik. Denn diese Soldaten sind für Österreich und nicht für irgendeine politische Partei gestorben, entsandt von Österreich und im Einsatz für Österreich.

/ Doch es gibt anscheinend die „andere Welt“. Wo anders gedacht wird, wo wahrscheinlich der österreichische Soldat für manche ein „Feindbild“ ist. Nicht anders ist es zu verstehen, wenn ein politischer Repräsentant meint: „Der Plan von Verteidigungsminister Dokozi, am Wiener Heldenplatz ein sündteures Militärdenkmal zu errichten, ist ein Zeichen für eine hochproblematische Remilitarisierung des öffentlichen Raums. Wir benötigen stattdessen aber Investitionen, die den sozialen Frieden sichern.“

/ Also, wenn ich diesen „Herren“ richtig verstanden habe, dann sieht er im Gedenken an gefallene oder im Einsatz verunglückte österreichische Soldaten eine „Remilitarisierung“. Stattdessen will er in den sozialen Frieden investieren? Wieso stört das Denkmal den sozialen Frieden? Sind die

geehrten Toten nicht Teil unserer Gesellschaft? Auch wenn er als Parteipolitiker, der wahrscheinlich den Unterschied zwischen unserem österreichischen Militär und dem Begriff „Militarismus“ nicht kennt, agiert, sollte er sein Gefühl für Tote, die noch dazu auch in seinem Namen gestorben sind, nicht in der Schublade ablegen, sondern ihnen den Dank des Vaterlandes und die Ehre für ihren aufopfernden Einsatz gönnen.

/ Und wenn der gute Parteimann die Kosten beanstandet, dann hätte er doch bedenken können, dass man – wenn man schon sparen will – diese bei der Weiternutzung des Österreichischen Heldendenkmals, des Äußeren Burgtors (Krypta), hätte vermeiden können. „Krypta (als Ort für das generations- und regimeübergreifende, heute auch internationale, soldatische Tradition entsprechende Totengedenken) und Weiheraum (als Ort für das Gedenken an die Opfer im Kampf um das Wiederentstehen der Republik Österreich)“, so General i. R. Karl Majcen, der ehemalige Generaltruppeninspektor. Doch das wollen der Parteimann sowie seine Kollegen und Kolleginnen ja nicht.

/ Ein „Denkmal der Republik“ scheint nun dem Soldaten-Gegner nach einer medialen Schelte als Ausweg zu gelten. Nein, muss man hier klar sagen. Es geht dabei nicht um die Republik, sondern um die österreichischen Soldaten, auch wenn das gewisse Parteifunktionäre nicht so sehen wollen. Sind nicht das die Spalter unserer Gesellschaft?

/ „Eine Würdigung für die im Einsatz ums Leben gekommenen Soldaten des Bundesheeres hat viele Befürworter. Zuletzt hatte Bundespräsident a. D. Heinz Fischer die berechtigte Frage gestellt, warum ein Denkmal für Soldaten unerwünscht sein soll, wenn für Polizisten, die seit 1945 im Dienst für die Republik ums Leben gekommen sind, bereits ein Denkmal errichtet wurde. Er halte die Idee für vernünftig.“ So liest man in einer anderen Partei-Aussendung.

/ Ich bin aus all diesen Gründen für diesen Gedenkplatz am Heldenplatz. ✕

Observer

Inhalt

- 4 Brief des Präsidenten
- 5 Droht Österreich die Militarisierung?
- 7 Von der ULV zur USV
- 10 Zivilschutz
- 11 Wer im Glashaus sitzt ...
- 15 Der Syrienkrieg – Berichte in unseren Medien
- 16 Rolle des Bundesheeres wird gestärkt
- 17 Koalition und Turnaround beim Verteidigungsbudget
- 19 Militär des Jahres 2016
- 20 Personaloffensive
- 22 Offiziersausbildung
- 25 Bundesheerdenkmal
- 26 Angelobung/26. Oktober 2016
- 27 Schwere Brigade ohne Fliegerabwehr
- 29 HGM
- 30 Tag der Wehrpflicht 2017

DER OFFIZIER

Medieninhaber und Herausgeber: Österreichische Offiziersgesellschaft, Schwarzenbergplatz 1, 1010 Wien, ZVR-Zahl: 795014511 | **Chefredakteur:** GenMjr Mag. Herbert Bauer | **Erscheinungsort:** Wien | **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Bgdr i. R. A. Eigentler, MSD; Obst i. R. O. Heel (Tirol-Beilage); Thomas Haffer; M. Musner; M. Sala | **Marketing:** Dr. Michael Radike, marketing@oeog.at | **Hersteller:** TARGET GROUP Publishing GmbH, Brunecker Straße 3, 6020 Innsbruck | **Druck:** Ing. F. Feilhauer, 2620 Neunkirchen, Seebensteiner Straße 1 | **Fotos:** Titelbild: Bundesheer | Harald Minich; andere gem. Einzelnachweis.

Namentlich gezeichnete Beiträge müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers decken. Unaufgefordert eingesandte Beiträge bedeuten keine automatische Veröffentlichung.

Internet: www.oeog.at, deroffizier@oeog.at

Offenlegung gemäß § 24 und § 25 Mediengesetz:
Die Zeitschrift „Der Offizier“ befindet sich zu 100 % im Eigentum der Österreichischen Offiziersgesellschaft, 1010 Wien, Schwarzenbergplatz 1. Die Richtung der überparteilichen Zeitschrift ist durch die Statuten der ÖOG bestimmt und bezweckt Information in Wort und Bild zu Themen der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Vorwort

**Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser!**

Die Bundespräsidentenwahl ist entschieden. Ein neuer Oberbefehlshaber des Österreichischen Bundesheeres steht fest. Im Jänner 2017 wird der neue Bundespräsident gemäß Verfassung vor der Bundesversammlung das Gelöbnis sprechen: „Ich gelobe, dass ich die Verfassung und alle Gesetze der Republik getreulich beobachten und meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde.“ Soweit der Bundespräsident nicht nach dem Wehrgesetz über das Heer verfügt, steht die Verfügung dem zuständigen Bundesminister innerhalb der ihm von der Bundesregierung erteilten Ermächtigung zu. Gemäß Wehrgesetz obliegen dem Bundespräsidenten die Beförderungen zum Offizier, soweit er seine Befugnis nicht dem zuständigen Bundesminister übertragen hat, und er hat auch gewisse Aufgaben im Bereich des Einsatz- und Aufschubpräsenzdienstes sowie bei außerordentlichen Übungen. Über diese Aufgaben hinaus war es aber vor allem das Bekenntnis zum Bundesheer und seiner Bedeutung für die Sicherheit des Staates, welches den bisherigen Bundespräsidenten und Oberbefehlshaber ausgezeichnet hat.

/ Die vorliegende Ausgabe von „Der Offizier“ behandelt einige wenige Facetten der anstehenden konzeptionellen und materiellen Themen, die es zu lösen gilt, wenn die Handlungsfähigkeit und die Sicherheit der Republik auch weiterhin ausreichend aufrechterhalten werden soll. Wird der derzeitige, dem Beispiel Europas folgende, eingeschlagene Weg der Stärkung der Streitkräfte und damit auch der Sicherheit Österreichs durch die Regierung weiterverfolgt werden? Es war wohl der Friedenseuphorie der Jahrtausendwende zuzuschreiben, dass es zu schwerwiegenden Einschränkungen in der Streitkräfteentwicklung gekommen ist, aber es hieße die Zeichen der Zeit zu verkennen, wenn man jetzt nicht gegensteuert. Es geht nicht um Aufrüstung oder Vermilitarisierung, es geht um das Reparieren von Fehlern und das verantwortliche Wahrnehmen von Streitkräfteimmanenten Bedürfnissen. Immanent bedeutet eben: „so, dass es immer schon in etwas enthalten ist und man es daher nicht umgehen kann“.

/ Ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2017 wünscht Ihnen

**Ihr Chefredakteur
Herbert Bauer**

Brief des Präsidenten

2016 – eine Bilanz



© OÖG/PHOTOSTUDIO WILKE

Das Jahr 2016 brachte für die österreichische Verteidigungspolitik einige Überraschungen. Beim „Tag der Wehrpflicht“ am 20. Jänner 2016 präsentierte die Plattform Wehrhaftes Österreich ein Video, das den desaströsen Zustand des Bundesheeres anklagte und ein Ende seiner Zerstörung forderte. Das enorme Echo in den Social Media zeigte, dass damit der Puls der Zeit getroffen wurde.

Mit dem neuen Minister Doskozil kam es kurz darauf zu einem echten Neustart und der oftmals eingeforderten Trendumkehr. Der Stopp des Sparkonzeptes „ÖBH 2018“ war der Beginn für wichtige Weichenstellungen, die auch Forderungen der Offiziersgesellschaft entsprechen:

- Aufstockung des Verteidigungsbudgets durch Sonderinvestitionen für Beschaffungen
- Neuorganisation der Streitkräfte im Konzept „Landesverteidigung 21.1“
- Stärkung der Miliz und Neuaufstellung von Verbänden und Einheiten
- Personaloffensive
- Kompetenzklärung mit dem Innenministerium und Stärkung der Inlandsaufgaben des ÖBH

Manche Beobachter und Kommentatoren waren überrascht, dass die ÖOG den Minister offensiv unterstützt, denn jahrelang waren wir in einer Gegnerschaft zu den amtierenden Ministern. Ich sehe aber unsere Aufgabe darin,

parteilos unabhängig einen Schulterschluss jener zu erreichen, die sich aus staatspolitischer Verantwortung ernsthaft für die Anliegen der Landesverteidigung einsetzen.

Die Sicherheitslage in und um Europa lässt auch für die Zukunft wenig Optimismus aufkommen. Und alle Meinungsumfragen zeigen, dass Sicherheit ein Thema ist, das die österreichische Bevölkerung tief bewegt – und auch Wahlen entscheidend beeinflussen kann. Die EU steht vor den großen Herausforderungen, ihre Außengrenzen wirksam zu schützen und auch sicherheitspolitisch und militärisch eine eigenständige Politik zu entwickeln. Auch dazu wird Österreich einen Beitrag zu leisten haben.

An ihren Taten sollst du sie erkennen

Wenn politische Kräfte in Österreich meinen, dass derzeit eine unnötige Militarisierung Österreichs stattfindet, so darf das getrost als Polemik abgetan werden. Aber es gibt auch Fragen, die zu berechtigter Sorge Anlass geben: Soll die Umsetzung der geplanten Maßnahmen durch Diskussionen über die Umwandlung von wichtigen militärischen Posten in zivile Arbeitsplätze und langatmige Besetzungsverfahren verzögert werden? Werden wichtige Beschaffungsvorhaben durch immer neue Auflagen aus dem Finanzministerium

gezielt behindert? Soll am Ende gar die Trendumkehr bis zu Neuwahlen – wann immer sie stattfinden – hinausgeschoben werden? Wollen manche einfach durchtauchen? Gibt es vielleicht sogar Pläne, einer neuen Regierung unlösbare Baustellen im ÖBH zu hinterlassen?

Trendumkehr oder Strohfeuer?

Als sicherheitspolitisches Gewissen der Republik werden wir diese Entwicklungen genau im Blick behalten. Und wir werden uns nicht scheuen, die Dinge beim Namen zu nennen. Denn es gibt wahrlich noch viel zu tun. Die Erfolge des heurigen Jahres dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Pläne auf dem Papier immer gut aussehen. Die Kunst liegt in der Realisierung.

Wir werden uns daher für die Umsetzung der eingeleiteten Maßnahmen stark machen. Wir werden weiterhin für eine ausreichende Finanzierung des Bundesheeres – ein Prozent des BIP als jährliches Budget – eintreten. Wir werden auch unsere Forderung nach einem 6+2-Modell des Wehrdienstes aufrechterhalten, um das Miliz-System nachhaltig zu sichern. Denn: 2016 soll nicht als verteidigungspolitisches Strohfeuer in die Geschichte eingehen!

Mag. Erich Cibulka, ObstdhmfD
Präsident der Österreichischen
Offiziersgesellschaft



Droht Österreich die Militarisierung?

OBERST DES HÖHEREN MILITÄRFACHLICHEN DIENSTES MAG. ERICH CIBULKA

Terror und andere Gefahren führen zu einer neuen Rollenverteilung zwischen den österreichischen Sicherheitsapparaten. Wenn die Aufgabengebiete des Heeres in diesem Zusammenhang zunehmen, sollte man nicht gleich von einer Militarisierung sprechen.

Seit dem Ende des Kalten Kriegs hat Österreich – wie viele europäische Staaten – eine Friedensdividende eingestreift, indem Militärausgaben radikal gekürzt und diese Gelder in andere staatliche Aufgaben gelenkt wurden. Dies ging so weit, dass 2014 der Verteidigungsminister eingestehen musste, dass der „Boden des Fasses“ erreicht ist. Seit einiger Zeit ist jedoch klar, dass rund um die EU eine Zone der Instabilität entstanden ist, die direkte Auswirkungen auf die Sicherheitslage

in Österreich hat – Terroranschläge und die Migrationskrise sind bloß die Spitze des Eisbergs. Als Reaktion darauf wurde der Sparkurs beim Bundesheer beendet. Dieses wird nun strukturell, personell und materiell erneuert. Andererseits wird vor dem Hintergrund hybrider Bedrohungen, die die eindeutige Zuständigkeit von Polizei (innere Sicherheit) und Bundesheer (äußere Sicherheit) verwischen, die Rollenverteilung zwischen den beiden Sicherheitsapparaten diskutiert. Diese Diskussion führt zu Kritik aus verschiedenen Richtungen: Die einen befürchten eine Militarisierung Österreichs, die anderen eine „Verpolizeilichung“ des Militärs, und Dritte wiederum sehen ein Sicherheitsministerium entstehen, das die gesamte Staatsgewalt in sich bündelt. ➤

Jederzeit integriert und einsatzbereit. Wir vernetzen Sie – mit unseren taktischen Kommunikationslösungen.



Modernster taktischer IP-Router ermöglicht Vernetzung verschiedenster Netze und Technologien: Truppenfunk CONRAD, Kurzwellenfunk, Mobilfunk LTE, WLAN, Sat Links, Richtfunk, etc.

Rückwärtskompatibilität zu EUROCOM-Standard stellt die Integration und parallele Nutzung von Legacy-Systemen (wie IFMIN) und IP-Netzen sicher.

Voll integrierter „taktischer Sprachservice“ gewährt umfangreiche Funk- und VoIP-Telefonie-Services via IP-Datenübertragung.

Modularer Aufbau, gehärtet für robuste Einsätze, alle gängigen Daten- und Sprachprotokolle enthalten, einfachste Konfiguration und Bedienung.

Together ahead. **RUAG**



Durch das in der Verfassung verankerte Milizsystem des Bundesheeres könnten im Anlassfall Wehrpflichtige der Miliz zum Schutz der Infrastruktur einberufen werden.

Gesetzliche Klarstellung der Befugnisse

Im Kern geht es aber um eine gesetzliche Klarstellung der Befugnisse. Denn es wäre fatal, diese Fragen erst zu klären, wenn ein Anlassfall bereits eingetreten ist. Und vollkommen sinnlos wäre eine Kompetenzverteilung zwischen Polizei und Bundesheer, bei der der eine zuständig, aber nicht handlungsfähig und der andere handlungsfähig, aber nicht zuständig ist. Es wurden daher von der Bundesregierung als Themen zur Klärung die „Gefahrenabwehr aus der Luft“ und der „Schutz kritischer Infrastruktur“ definiert. Bei der Gefahrenabwehr aus der Luft verfügt die Polizei über keine Kapazitäten, eine solche Bedrohung eigenständig zu bewältigen. Die Anforderung des Bundesheeres könnte die Reaktionszeit aber derart verlängern, dass eine Bewältigung nicht mehr zeitgerecht erfolgt. Es ist daher zweckmäßig, dieses Einsatzszenario als Teil der militärischen Landesverteidigung in die Verantwortung des Bundesheeres zu übertragen. Der Schutz der kritischen Infrastruktur betrifft Anlagen, die lebensnotwendig für die Bevölkerung sind und deren Ausfall die innere Ordnung und Sicherheit massiv betreffen würde – Strom- und Wasserversorgung, Kommunikations- und Verkehrsnetze, Rundfunk und TV, Raffinerien und vieles mehr. Knapp 200 Objekte sind von solcher Bedeutung, dass ihr Ausfall bundesweite Folgen nach sich ziehen würde. Dazu kommen noch tausende Objekte, die eine regionale Bedeutung haben. Experten sind sich einig, dass für deren Schutz zehntausende Personen erforderlich sind.

„Staatsbürger in Uniform“

Diese enorme Personalstärke steht weder bei der Polizei noch bei den präsenten Kräften des

Bundesheeres jederzeit abrufbar zur Verfügung. Durch das in der Verfassung verankerte Milizsystem des Bundesheeres könnten aber im Anlassfall Wehrpflichtige der Miliz zum Schutz der Infrastruktur einberufen werden. Dazu ist es aber notwendig, diesen Auftrag auch gesetzlich abzubilden. Die Vorteile liegen klar auf der Hand: Milizsoldaten werden dann eingesetzt (und bezahlt), wenn es die Situation erfordert. Sie sind „Staatsbürger in Uniform“, die tief in der Zivilgesellschaft verankert sind. Dieses Volksheer ist daher über jeden Zweifel erhaben, dass es gegen die Interessen der Bevölkerung eingesetzt werden könnte. Das österreichische Modell der allgemeinen Wehrpflicht – diese umfasst nämlich neben dem Grundwehrdienst auch das Milizsystem – ist daher ein Garant für eine abgestufte Reaktionsmöglichkeit des Staates zu überschaubaren Kosten. Es ist der Weisheit der Bevölkerung zu danken, dass dieses System in der Volksbefragung im Jänner 2013 eindeutig bejaht wurde. Und es erscheint zynisch, dass gerade jene, die sich am heftigsten für ein Berufsheer eingesetzt haben, nunmehr demokratiepolitische Bedenken gegen einen Aufgabenzuwachs beim Bundesheer anmelden. Wollen diese das Bundesheer ganz abschaffen und die Sicherheit dem Zufall überlassen?

Klar getrennte Zuordnung der staatlichen Sicherheitsaufgaben

Demokratiepolitisch ist es aber inakzeptabel, Polizei und Bundesheer in einem Sicherheitskörper zusammenzufassen. Die klar getrennte Zuordnung der staatlichen Sicherheitsaufgaben in zwei Sicherheitsapparate stärkt unsere Demokratie. Höchstmögliche Klarheit und Transparenz in der Aufgabenverteilung erhöht die Reaktionsfähigkeit und steigert damit die Sicherheit für die Bevölkerung. Kompetenzverteilungen aus dem vorigen Jahrhundert dürfen und müssen hinterfragt werden, wenn sich die Welt um uns weiterentwickelt. Wenn es dabei aus guten Gründen zu einem Zuwachs an Aufgaben beim Bundesheer kommt, dann sollten wir nicht über eine Militarisierung Österreichs jammern, sondern uns über den Zugewinn an Sicherheit freuen. Und wir sollten nicht vergessen, dass dafür noch über Jahre Investitionen nötig sein werden, um die Folgen der Sparpolitik der letzten zwanzig Jahre auszugleichen. ✕

Von der ULV zur USV

PROFESSOR BRIGADIER DR. HABIL. HARALD PÖCHER

Fragt man auf der Straße die Durchschnittsbürgerin oder den Durchschnittsbürger, ob sie oder er die Abkürzung ULV kennt und was sich hinter den drei Buchstaben eigentlich verbirgt, wird man durchaus interessante Wortspiele zu hören bekommen, etwa „Ukrainische Lebensversicherung“, „Unser liebes Volk“ und vielleicht etwas ironisch „Unsere lieben Volksvertreter“ oder „Unzählige Liebesverhältnisse“.

✓ Nach dieser Befragung kehrt man wenig befriedigt nach Hause zurück und begibt sich weiter auf Spurensuche, etwa durch Befragung des Computers. Gibt man die Abkürzung in eine Suchmaschine ein, erhält man bei der am meisten in Gebrauch befindlichen Suchmaschine Google für ULV den „UniversitätslehrerInnenverband Österreichs“, „Willkommen beim ULV-Krems“ und erst auf der zweiten Seite „Bundesheer-Glossar-ULV“. Öffnet man diese Seite, so erfährt man, dass ULV für „Umfassende Landesverteidigung“ steht.

✓ Gibt man schließlich den gesamten Wortlaut „Umfassende Landesverteidigung“ in die Suchmaschine ein, so erhält man einen spärlichen Wikipedia-Eintrag zur „Umfassenden Landesverteidigung“, in dem man Folgendes lesen kann: *Die Umfassende Landesverteidigung (ULV) wurde als Verteidigungsgrundlage der österreichischen Neutralität im Jahr 1975 im Absatz 2 des Artikel 9a des Bundes-Verfassungsgesetzes beschlossen. Dieses Gesetz muss vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der exponierten Lage am Eisernen Vorhang gesehen werden, gilt aber auch heute. Da sich das Bedrohungsbild seit dem Fall des Eisernen Vorhanges und als Mitglied der EU stark gewandelt hat, soll nach Vorschlag des Österreich-Konvents (Ergänzung des Autors: aus dem Jahre 2004) der Begriff der Umfassenden Landesverteidigung in Umfassende Sicherheit geändert werden. Novelliert wurde der Artikel 9a des Bundes-Verfassungsgesetzes bislang nicht und ist somit geltendes Recht, wenn er auch nach Ansicht des Autors als „totes*

Recht“ angesehen werden muss. Der Aufsatz geht der Frage nach, ob die ULV noch zeitgemäß ist und ob sie durch eine andere Handlungsmaxime abgelöst werden sollte.

Historisches zum Entstehen des Artikels 9a des Bundes-Verfassungsgesetzes

Angelehnt an internationale Vorbilder fasste 1961 die damalige Bundesregierung den Beschluss, eine Umfassende Landesverteidigung einzurichten, welche aus militärischer, ziviler, wirtschaftlicher und geistiger Landesverteidigung bestehen sollte. Des Weiteren kam

man überein, auch Transport- und Verkehrsverbindungen in die ULV miteinzubeziehen. Die endgültige gesetzliche Verankerung der Umfassenden Landesverteidigung erfolgte allerdings erst mehr als ein Jahrzehnt nach der Regierungsvereinbarung im Juni 1975, als der Nationalrat einstimmig die Umfassende Landesverteidigung in der Bundesverfassung als Artikel 9a verankerte.

✓ Der Artikel 9a lautet: (1) *Österreich bekennt sich zur umfassenden Landesverteidigung. Ihre Aufgabe ist es, die Unabhängigkeit nach außen sowie die Unverletzlichkeit und Einheit des Bundesgebietes zu bewahren, insbesondere zur* ▶

1. KOMMT ES ANDERS
2. ALS MAN DENKT
3. KEINE SORGE, ICH KÜMMERE MICH PERSÖNLICH DARUM



Bez.Dir. Wolfgang LOIDL
Tel.: 050 350 90-21784
Fax: 050 350 99-21784
E-Mail: w.loidl@staetische.co.at

BUNDESHEERBETREUUNG FÜR SOLDAT/INNEN UND IHRE FAMILIEN

VERSICHERUNGSSPEZIALISTEN FÜR AUSLANDSEINSÄTZE

TEAM LOIDL

Wiener Städtische Versicherung AG
1210 Wien, Am Spitz 10
(Eingang Schwaigergasse)

wienerstaetische.at
f/wienerstaetische

WIENER STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP

Aufrechterhaltung und Verteidigung der immerwährenden Neutralität. Hierbei sind auch die verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihre Handlungsfähigkeit sowie die demokratischen Freiheiten der Einwohner vor gewaltsamen Angriffen von außen zu schützen und zu verteidigen.

(2) Zur umfassenden Landesverteidigung gehören die militärische, die geistige, die zivile und die wirtschaftliche Landesverteidigung.

/ Mit der Verankerung der ULV in der Bundesverfassung war auch der Auftrag an die Bundesregierung verbunden, einen Landesverteidigungsplan auszuarbeiten. Es sollten aber weitere zehn Jahre vergehen, bis der Landesverteidigungsplan schließlich im Jahre 1985 veröffentlicht wurde. Nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 und dem Ende des Kalten Krieges musste die Regierung auf die geänderte Sicherheitslage reagieren und es wurden Anstrengungen unternommen, eine neue Sicherheitspolitik auszuformulieren, welche der Tatsache Rechnung tragen sollte, dass Österreich zwar weiter neutral bleiben soll, aber dennoch als Vollmitglied der Europäischen Union bei der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union mitmachen kann.



ZUR PERSON

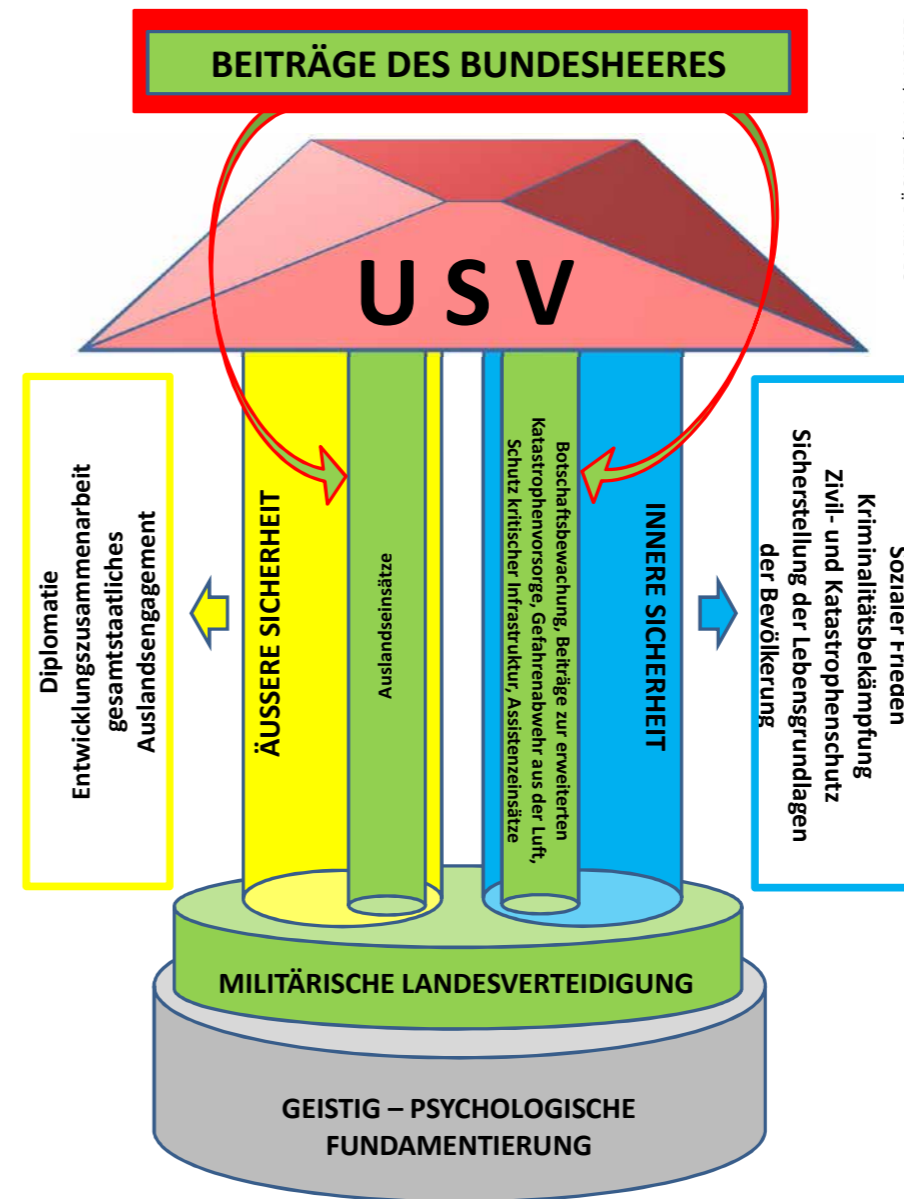
Professor Brigadier Dr. habil. Harald Pöcher ist Mitglied der OGB und Leiter der Revisionsabteilung B im BMLVS.

Der Diskussionsprozess begann 2001 durch die damalige Bundesregierung und sollte in eine Neuformulierung einer „Umfassenden Sicherheitsvorsorge“ (USV) für Österreich münden, welche auch in die Bundesverfassung Eingang finden sollte. Da damals die Regierung keine Mehrheit für eine Verfassungsänderung zustande brachte, war das Ansinnen, die ULV durch eine USV zu ersetzen, von Anfang an von wenig Erfolg begleitet.

/ Rund 15 Jahre nach diesen Bemühungen ist die ULV nach wie vor geltendes Recht und hat eigentlich im vollen Wortlaut der Bestimmungen vollzogen zu werden. Die Realität sieht jedenfalls anders aus. In der Hochblüte der ULV gab es eine Koordinationsstelle im Bundeskanzleramt, in der sich der damalige Leiter, Ministerialrat Dr. Richard Bayer, ehrlich bemühte, etwas weiterzubringen. 2015 findet sich in der Sektion IV (Sektion für Koordination) im Bundeskanzleramt die Aufgabe „Koordination im Hinblick auf eine umfassende Sicherheitspolitik und in Angelegenheiten der umfassenden Landesverteidigung“, im Bundesministerium für Inneres in der Sektion II (Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit) Abteilung II/13 (Einsatz-, Krisen- und Katastrophenkoordination), im Bundesministerium für Bildung und Frauen in der Sektion I (Allgemeinbildung) Abteilung I/7 (Auszeichnungsangelegenheiten, Schulärztlicher Dienst, Schulen in freier Trägerschaft, Bildungsmessen) findet sich in der neuen Geschäftseinteilung auch „Geistige Landesverteidigung“, im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft in der Sektion I (Unternehmenspolitik) in der Abteilung I/1 Angelegenheiten der wirtschaftlichen Landesverteidigung, im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie in der Sektion I (Präsidium)

Abteilung 3 (Recht und Koordination) Angelegenheiten des Krisenmanagements, der ULV und der Sicherung kritischer Infrastruktur, aber es gibt wenig konkrete öffentlich zugängliche Informationsbroschüren, aus denen der Bürger als Steuerzahler erkennen kann, dass mit seinem Steuergeld jene Sicherheit tatsächlich geschaffen wird, wie sie auch in der Umfassenden Landesverteidigung als Rechtsinstitut festgelegt wurde und von der Verwaltung umzusetzen ist. In der Realität existiert zurzeit von der Umfassenden Landesverteidigung fast nur mehr die militärische Landesverteidigung. Und die militärische Landesverteidigung gibt es realpolitisch auch nur, weil sie aufgrund der Neutralität, die quasi den Kaufpreis für den Staatsvertrag darstellt, notwendig wurde.

/ Aufhorchen ließ im Sommerloch der Vorschlag der deutschen Verteidigungsministerin Von der Leyen, als sie die Forderung aufstellte, dass sich die Bürger im Fall eines Terrorangriffs selbst versorgen können sollten. Mit einem ähnlichen Vorschlag wie die deutsche Ministerin ließ bereits vor etwas mehr als zwei Jahren der Schweizer Armeechef André Blattmann aufhorchen: „Unsere Gesellschaft ist verletzlich geworden und auf neue Risiken wie Cyberattacken oder Stromausfälle nicht wirklich vorbereitet“, sagte er im April 2014 gegenüber der Zeitung Schweiz am Sonntag und fügte hinzu, dass er selbst deshalb die Konsequenzen gezogen habe, und verriet: „Daheim lagere ich 30 oder 40 Sechserpackungen Mineralwasser ohne Kohlesäure. Das entspricht rund 300 Liter.“ Darüber hinaus habe der Armeechef eine Wasserzisterne. „Wasser ist im Notfall das Wichtigste. Für den täglichen Bedarf braucht jeder mindestens acht Liter Wasser. Um zu trinken, zu kochen, sich zu waschen.“ Weil bei einem Stromausfall die Hei-



GRAFIK: PÖCHER/SALA/MUSNER

zung nicht mehr funktionieren würde, hat Blattmann auch ein Cheminée mit Holzvorrat. Auch er riet der Bevölkerung zur Vorsorge: „Vielleicht müsste man den Leuten sagen: Es ist gut, wenn ihr ein paar Vorräte für den Notfall zu Hause habt. Auch Konservenbüchsen. Das hilft ein paar Tage zu überbrücken, bis der courant normal wieder hergestellt ist.“

/ Nicht nur die einzelnen Wortmeldungen namhafter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sollten zum Umdenken anregen, sondern auch die neue Bedrohungslage gebietet uns, umfassende Vorsorgen zu treffen, damit ein Worst-Case-Szenario, wie zum Beispiel gleichzeitige Terroranschläge an veralteten Atomkraftwerken in mehreren

Teilen Europas oder eine Elementarkatastrophe, welche mit einem Blackout der Energieversorgung und umfangreichen Hamsterkäufen einhergeht, nicht Wirklichkeit werden kann.

/ Bei der sich rasch ändernden sicherheitspolitischen Landschaft in den einzelnen Staaten in Europa sollte man sich auch in Österreich ernsthafte Gedanken machen, die Idee der Umfassenden Landesverteidigung mit neuen Inhalten erweitert wiederzubeleben und zu einer „Gesamtstaatlichen umfassenden Sicherheitsvorsorge“ aufwachsen zu lassen. Es gibt dazu bereits ausgezeichnete konzeptionelle Ausarbeitungen. Das Konzept sieht neben der militärischen Landesverteidigung (MLV) eine umfassende äußere Sicherheit

vor, welche im Wesentlichen durch die Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, gesamt-staatliches Auslandsengagement getragen wird und eine umfassende innere Sicherheit, welche die Bereiche sozialer Frieden, Kriminalitätsbekämpfung und den Zivil- und Katastrophenschutz sowie wirtschaftliche Vorkehrungen beinhaltet. Die Aufgaben für das Bundesheer in diesem Konzept beschränken sich nicht nur auf die klassische Landesverteidigung, sondern schließen auch die Auslandseinsätze, die Assistenzleistungen und noch näher zu definierende militärische Sicherheitsvorsorgen mit ein.

/ Zur Umsetzung der USV sind die Vorarbeiten aus dem Jahre 2001 durchaus hilfreich und bilden eine gute Diskussionsgrundlage. Wenn man aber eine im Bewusstsein jeder Österreicherin und jedes Österreichers fest verankerte USV-Konzeption wahr werden lassen will, so bedarf es in erster Linie eines geistig-psychologischen Fundamentes – wie es damals die GLV bei der ULV gewesen ist (und eigentlich noch sein sollte) –, damit die übrigen Bausteine einer USV von der gesamten Bevölkerung mitgetragen und auch überhaupt gelebt werden können.

/ Die USV kann aber nur dann zum Leben erweckt werden, wenn sich im Nationalrat die erforderliche Verfassungsmehrheit findet, um den Artikel 9a novellieren zu können. Arbeitet die Bundesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode 2018 durch, könnte dieses Legislativvorhaben gelingen, finden allerdings vorgezogene Neuwahlen 2017 statt, sieht es für die Sicherheitsvorsorge aller Österreicherinnen und Österreicher düster aus, denn dann könnte es heißen: „Bitte warten ... wir sind im Wahlkampf ... und haben für so unbedeutende Dinge wie die USV keine Zeit.“

Internationaler Tag der Katastrophenvorbeugung

Das Österreichische Katastrophenschutzmanagement fußt auf fünf Säulen – den Behörden, den Einsatzorganisationen, der Wissenschaft, der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern. Mit den geplanten Neuerungen im Österreichischen Sicherheitskonzept schafft die Republik mehr gesetzliche Klarheit – nichtsdestotrotz sind und bleiben die Bürgerinnen und Bürger das zentrale Element im Zivil- und Katastrophenschutz. Nirgendwo sonst stehen neben hauptamtlichen Profis so viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer bereit, um im Fall der Fälle tatkräftig mitzuhelfen. Um unsere mehr als 300.000 ehrenamtlichen Katastrophenschutz-helferinnen und -helfer werden wir in Österreich international beneidet, auf sie sind wir unglaublich stolz.

/ Gleichzeitig ist die eigenverantwortliche Vorbeugung und Vorsorge entscheidend. Ausgehend von neuen Sicherheitskonzepten in einem Nachbarstaat wurden auch wir in Österreich wieder an die Empfehlungen des Österreichischen Zivilschutzverbandes erinnert – diese sind eindeutig und klar: Jeder Haushalt sollte eine Woche ohne Einkaufen und Strom auskommen.

/ Auch wenn sich Bedrohungsszenarien im Lauf der Jahre geändert haben und sich auch in Zukunft ändern werden, gilt: Je besser Privathaushalte vorbereitet sind, desto schneller und besser können auch schwere Katastrophen bewältigt und Auswirkungen begrenzt werden“, so Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka zum Internationalen Tag der Katastrophenvorbeugung am 13. Oktober.

/ Der Präsident des Österreichischen Zivilschutzverbandes, Abg. z.

NR Johann Rädler: „Die Landes-zivilschutzverbände haben gemeinsam mit dem Bundeszivilschutzverband neue Schwerpunkte unter dem Gesichtspunkt der Bevorratung auf Schiene gebracht. Trinkwasser und Lebensmittel gibt es in jedem Supermarkt, Kurbelradio, Kurbellampen bis hin zu Wasserschutzsäcken bietet der Zivilschutz-Webshop unter www.selbst-sicher.com. Laut unseren Experten haben rund zwei Drittel aller Haushalte noch keine optimale Bevorratung, dabei ist es nicht so schwierig, in den eigenen vier Wänden vorzusorgen. Pro Woche und Person rechnen wir mit Bevorratungskosten von rund 40 Euro – also ein überschaubarer Betrag, der die Sicherheit im Ernstfall immens erhöht. So reduziert ein Haus oder eine Wohnung eine Strahlung vergleichbar mit jener der Tschernobyl-Katastrophe um bis zu 99 Prozent, problematisch wird es erst dann, wenn man das Haus z. B. zum Einkaufen verlassen muss – richtige Bevorratung schützt davor.“

/ Zur Zivilschutz-Empfehlung: „Jeder Haushalt sollte eine Woche ohne Einkaufen und Strom auskommen“ die zehn wichtigsten Tipps:

- 1) Trinkwasser einlagern: 1,5 Liter Wasser pro Tag und Person.
- 2) Haltbare Lebensmittel einlagern: 2.500 Kalorien pro Tag und Person.
- 3) Stromunabhängige Kochgelegenheit bereithalten: Gaskocher, aber auch ein Gartengriller.
- 4) Im Fall der Fälle Wasser zur Hygiene und zum Kochen vorbereiten: Rechtzeitig die Badewanne füllen.
- 5) Hygieneartikel einlagern: Dazu zählen auch Müllbeutel, Plastikteller und -besteck.



SIRENENSIGNALE DES ZIVILSCHUTZES

WARNUNG:

3 Minuten gleichbleibender Dauerton Herannahende Gefahr!

Maßnahmen im Ernstfall: Radio oder TV (ORF) bzw. Internet (www.orf.at) einschalten und Verhaltensmaßnahmen befolgen.

ALARM:

1 Minute auf- und abschwelliger Heulton Gefahr!

Maßnahmen im Ernstfall: Schützende Bereiche bzw. Räumlichkeiten aufsuchen, über Radio oder TV (ORF) bzw. Internet (www.orf.at) durchgegebene Verhaltensmaßnahmen befolgen.

ENTWARNUNG:

1 Minute gleichbleibender Dauerton Ende der Gefahr!

Weitere Hinweise über Radio oder Fernsehen (ORF) bzw. Internet (www.orf.at) beachten.

- 6) Im Fall der Fälle sofort Informationen einholen (wenn kein Strom fließt, Kurbelradio oder Autoradio).
- 7) Hausapotheke und Verbandskasten regelmäßig kontrollieren.
- 8) Bargeld gut versteckt bzw. versperrt.
- 9) Dokumentenmappe griffbereit, im Idealfall wasserdicht verpackt.
- 10) Nachbarschaftshilfe und Zusammenhalt.

(OTS – Österreichischer Zivilschutzverband) ✕

Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen

MAJOR HERBERT SAURUGG, MSC



© PIXABAY

Stromversorgung – eine sicherheitspolitische Herausforderung

Bundesheer bekommt bis 2020 zusätzlich 1,3 Milliarden“, „10.000 neue Bundesheer-Arbeitsplätze“, „Jagdkommando: Speerspitze im Kampf gegen Terror“, „Bundesheer setzt auf offensive Cyberwaffen“, „Das Bundesheer übernimmt den Schutz kritischer Infrastruktur von der Polizei“ – Schlagzeilen, die jedes Soldatenherz höherschlagen lassen, oder? Nach Jahren der Ignoranz und finanziellen Ausblutung geht es nun mit dem Bundesheer wieder bergauf.

/ Bereits in den Heften 3 und 4/2015 wurde eine systemische Betrachtung der sicherheitspolitischen Entwicklungen durch den Autor durchgeführt. Nicht zuletzt aufgrund der angeführten Schlagzeilen und den daraus resultierenden Diskussionen, auch in „Der Offizier“, sollen diese Betrachtungen weitergeführt und vertieft bzw. einer kritischen Reflexion unterzogen werden.

Sicherheitspolitische Kehrtwende

Die Diskussionen und Entwicklungen rund um die innere und äußere Sicherheit der vergangenen Monate haben einmal mehr gezeigt, wie rasch sich Dinge ändern können. Wurde in Ös-

terreich das Thema „Sicherheit“ noch bis vor nicht allzu langer Zeit sehr stiefmütterlich behandelt und um jeden Preis versucht, Budgetmittel und Personal einzusparen, so hat sich das plötzlich drastisch geändert. Einmal mehr hat sich Prinz Eugen bewahrheitet: „Sie schreien nach uns um Hilfe, wenn ihnen das Wasser in das Maul rinnt, und wünschen uns vom Hals, kaum als einen Augenblick das selbige verschwunden.“

Die Dynamik steigt

Zum Glück ist bisher nichts Schlimmeres passiert und so lässt sich hoffentlich so manche personelle, organisatorische oder infrastrukturelle Fehlentwicklung der vergangenen Jahre noch rechtzeitig reparieren. Die vergangenen Monate haben aber auch gezeigt, dass die heutigen sicherheitspolitischen Veränderungen viel rascher vonstattengehen als in vergangenen Zeiten. Daher wird sich wohl noch so manche Einschätzung über erwartete Frühwarnzeiten als zu optimistisch oder als falsch herausstellen. Ganz abgesehen davon, dass es häufiger anders kommt als erwartet. Dazu wurde bereits im Heft 3/2015 einiges gesagt.

Das europäische Stromversorgungssystem

Neben den bekannten sicherheitspolitischen Herausforderungen gab es im vergangenen Jahr drei wesentliche Entwicklungen, die uns massiv zur Wachsamkeit und Achtsamkeit aufrütteln sollten. Einerseits haben bereits vier Länder – Belgien, Frankreich, Großbritannien und die Schweiz – massive Herausforderungen bei der Stromversorgung für den kommenden Winter bekanntgegeben. Diese beinhalten die Möglichkeit, dass es insbesondere bei Kältewellen zu weitreichenden Ausfällen/Notabschaltungen und im schlimmsten Fall zu Blackouts kommen könnte. Solange die Notabschaltungen geplant verlaufen, sollte die Lage beherrschbar bleiben. Sollte es zu ungeplanten Dominoeffekten kommen, könnten sich diese Störungen rasch auf das restliche europäische Verbundsystem ausbreiten.

Cyber-Eskalationen

Im Oktober kündigte die US-Administration öffentlich an, Präsident Putin über den Cyberspace „bloßstellen zu wollen“. Das mag zwar für viele wie ein übliches Geplänkel klingen, birgt aber eine enorme Sprengkraft in sich. Denn ein Denkbogen könnte rasch nach hinten losgehen, was gerade im Cyber-Raum leicht möglich ist. Kleine Ursache, große Wirkung, wenn etwa Infrastrukturen ins Visier geraten. Nicht auszudenken, wo das Ganze enden könnte, wenn sich nun ein dritter Player dazu veranlasst sieht, die Chance zu ergreifen und die beiden offiziellen Kontrahenten gegeneinander auszuspielen. Bekanntlich ist im Cyber-Raum eine klare Ursache-Wirkung-Zuordnung nur schwer bis gar nicht möglich, was bei komplexen Systemen normal ist.

/ Aufgrund einer Untersuchung des gegenwärtigen Internet-Nutzungsumfanges haben deutsche Sicherheitsexperten erkannt, dass die Belastung der ▶

Internet-Netzknoten durch Cyber-Konflikte zwischen den USA und Russland oder auch zwischen den USA und China zu erheblichen Beeinträchtigungen des gesamten Datenverkehrs im Internet, auch bei uns – obwohl unbeteiligt –, führen würden. Das könnte sich zu bisher wenig beachteten Kettenreaktionen aufschaukeln. Selbst Internet-Experten seien von diesen potenziellen „Nebenwirkungen“ bilateraler Auseinandersetzungen überrascht gewesen.

/ Das könnte dazu führen, dass der Datenverkehr in Europa so weit überlastet wird, dass es zu weitreichenden Beeinträchtigungen oder sogar Ausfällen von kritischen Infrastruktursystemen oder in der Logistik kommt. Europa könnte daher zum „Kollateralschaden“ eines Geplänkels zwischen Supermächten werden. Dass die erwarteten Eskalationen nicht aus der Luft gegriffen sind, zeigen massive Angriffe auf russische Banken im November, die sogleich in den Medien den USA bzw. der Ankündigung zugeordnet wurden. Was auch immer wirklich dahintersteckt, entscheidend ist die öffentliche Wahrnehmung. Nicht erst einmal haben sich auch „unbeteiligte Dritte“ (etwa „Patrioten“) eingemischt und zu nicht geplanten Eskalationen beigetragen. Das ist eine mögliche Realität im Cyberspace, die leider noch vielerorts unterschätzt wird.

Internet der Dinge als Angriffswaffe

Eine weitere Eskalation fand durch den massiven Einsatz von nicht gesicher-

ten bzw. auch derzeit nicht wirklich absicherbaren Geräten aus dem sogenannten Internet der Dinge (Internet of Things, wie Überwachungskameras, Kühlschränke, Toaster etc.) statt. Dabei wurden an und für sich bereits sehr robuste Ziele mit bisher nicht gesehene Datenmengen zugemüllt und zum Ausfall gebracht. Hier wurde wohl präsentiert, was bereits möglich ist, und zum anderen wurde der Angriffscodex frei im Internet verteilt. Wir werden daher in absehbarer Zukunft noch deutlich schwerwiegendere Angriffe sehen. Sollte diese „Kanone“ auf wichtige Infrastrukturbereiche gerichtet werden, sind weitreichende Kettenreaktionen in der physischen Welt möglich.

Blackout durch Cyber-Angriff

Am 23. Dezember 2015 kam es in der Ukraine zum ersten Blackout weltweit, das gezielt durch einen Cyber-Angriff ausgelöst wurde. Damit wurde auch der Beweis erbracht, dass das nicht nur theoretisch möglich ist. Der amerikanische Untersuchungsbericht kam zum Schluss, dass die Vorgangsweise wohl überall bzw. auch bei uns „erfolgreich“ eingesetzt werden könnte.

Wer im Glashaus sitzt ...

Daher sollten Ankündigungen wie: „Bundesheer setzt auf offensive Cyber-Waffen“ oder „Wir schützen Strom und Wasser“ mit Bedacht ausgesprochen werden, denn es könnte damit auch jemand auf die Idee kommen, einmal die

Abwehrfähigkeiten zu testen und diese werden bekanntlich nicht beim stärksten, sondern beim schwächsten Glied angesetzt. Und das ist – wie bereits 2015 ausgeführt – unsere Infrastruktur und unsere nicht auf Störungen vorbereitete Gesellschaft. Weder noch so viele Cyber-Soldaten noch ein umfassender Objektschutz werden das verhindern können, da die heutigen komplexen Systeme nicht wie in früheren Zeiten erfolversprechend gesichert werden können, schon gar nicht durch Soldaten. Wir sollten daher tunlichst vermeiden, falsche Erwartungshaltungen zu wecken, da das auf uns noch zurückfallen wird.

Unzureichende Überlegungen

Leider ist diese Tendenz in vielen Bereichen der Gesellschaft zu beobachten. So haben wir in den vergangenen Jah-



© BUNDESHEER/ANICH

ren umfangreiche Scheinsicherheiten und Illusionen aufgebaut. Zusätzlich werden viel Energie und Ressourcen für den „Schutz“ bzw. für die „Verhinderung von Ereignissen“ aufgewandt. Überlegungen, was es bedeuten könnte bzw. was zu tun ist, wenn das nicht ausreicht und es zu weitreichenden Ausfällen oder etwa doch zu Anschlügen kommt, sind hingegen kaum vorhanden bzw. weitgehend unzureichend, da in der Regel die Bevölkerung (= Personal) nicht ausreichend vorbereitet ist. Es reicht nicht, wenn das „Top-Management“ Bescheid weiß, aber nicht die richtigen Konsequenzen daraus gezogen werden, was leider immer wieder zu beobachten ist. Das mag aufgrund der jeweiligen Rahmenbedingungen (politische Ignoranz, persönliche Karriereinteressen etc.) nachvollziehbar sein, ist aber gesellschaftlich unverantwortlich. Gerade wir Soldaten sollten uns dabei an unser Treuegelöbnis erinnern: „... und mit allen meinen Kräften der Republik Österreich und dem österreichischen Volk zu dienen“.

Nicht das Pferd von hinten aufzäumen

Wobei es nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein Sowohl-als-auch geht. Derzeit betrachten wir das Thema jedoch zu einseitig bzw. zäumen wir das Pferd von hinten auf, was nur so lange gut geht, so lange nichts passiert. Denn das erforderliche Schutzniveau kann erst dann definiert werden, wenn man weiß, wo die eigenen Verwundbarkeiten und Schwachstellen liegen bzw. was auf keinen Fall eintreten darf. Man kann eben nicht alles sichern. Daher

läuft man hier rasch Gefahr, nur eine Scheinsicherheit zu erzeugen. Das auch, weil wir uns noch häufig an vergangenen Zeiten und Rahmenbedingungen orientieren, die es aber heute in dieser Form nicht mehr gibt. Wir haben durch die zunehmende technische Vernetzung Abhängigkeiten und eine Verwundbarkeit geschaffen, die mit den alten Lösungsansätzen nicht mehr beherrschbar sind.

„Kampf der verbundenen Waffen“

Der Schutz kritischer Infrastrukturen ist durchaus beim Bundesheer besser aufgehoben, da hier deutlich mehr Ressourcen als bei der Polizei zur Verfügung stehen bzw. es ja nicht nur um Großereignisse geht. Dazu ist aber auch ein Umdenken bei uns selbst erforderlich, denn es geht nicht nur um den

bekanntem Objektschutz, sondern vor allem um ein umfassendes präventives Sicherheits- und Risikomanagement, das vernetztes Denken erfordert. Wir haben das eigentlich mit dem „Kampf der verbundenen Waffen“ gelernt, nur müssen wir das unter den heutigen Rahmenbedingungen erweitert denken. Es geht nicht nur um vernetztes Denken innerhalb des Militärs, sondern um eine weitreichende Vernetzung mit anderen Organisationen und mit der Bevölkerung, um die heutigen und zukünftigen Herausforderungen bewältigen zu können.

/ Schutz kritischer Infrastruktur ist heute weit mehr als Objektschutz und muss vor allem den Schutz VOR kritischen Infrastrukturen umfassen (sowohl-als-auch), sprich eine Gesellschaft, die auch in der Lage ist, mit einem temporären Ausfall lebens-

Mein Konto bringt jetzt bares Geld.

Wer bei CashBack-Partnern mit BankCard bezahlt, bekommt für jeden Einkauf automatisch einmal im Monat Geld zurück aufs Konto.

cashback.bankaustria.at

Ein Service der Bank Austria bis voraussichtlich 31. 12. 2018.

Das Leben ist voller Höhen und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Willkommen bei der **Bank Austria**
Member of **UniCredit**



Internet der Dinge



ZUR PERSON

Herbert Saurugg, MSc, war 15 Jahre Berufsoffizier des Österreichischen Bundesheeres, zuletzt im Bereich IKT-/Cyber-Sicherheit. Seit 2012 beschäftigt er sich mit den möglichen Auswirkungen der steigenden Vernetzung und Komplexität, welche zu bisher kaum bekannten systemischen Risiken führen. kontakt@saurugg.net // www.saurugg.net

wichtiger Infrastrukturen umzugehen, was derzeit leider nicht der Fall ist.

Fehlende Rückfallebenen und falsche Erwartungen

Die langjährige Auseinandersetzung mit dem Szenario eines europaweiten Strom- und Infrastrukturausfalls (Blackout) zeigt leider, dass heute so gut wie keine Organisation in der Lage ist, aufgrund der weitreichenden Folgen dieses möglichen strategischen Schockereignisses länger als einen halben Tag handlungsfähig zu bleiben. Zumindest in der Form, wie das die meisten Menschen, aber auch Verantwortungsträger, erwarten.

/ Natürlich gibt es überall Überlegungen und auch einzelne Vorbereitungen. Doch der Hund liegt wie so oft im Detail begraben, was viel zu wenig berücksichtigt wird. Diese Einschätzung wird vor allem von jenen bestätigt, die bei lokalen Ereignissen bereits ihre begrenzte Handlungsfähigkeit erlebt haben. Viele Verantwortliche überschätzen die Fähigkeiten der eigenen Organisation.

Sicherheitskommunikation

Um derart erwartbare Ereignisse bewältigen zu können, ist es unverzichtbar, die Bevölkerung (= Personal!) in die Lage zu versetzen, sich selbst zu helfen, um das Schlimmste überbrücken zu

können. Dazu ist eine umfassende Sicherheitskommunikation erforderlich, die auch bestehende Scheinsicherheiten und falsche Erwartungen berichtigt. Wie etwa, dass das Bundesheer in einem solchen Fall nicht mehr in der Lage ist, sich ausreichend selbst zu versorgen, so wie das viele erwarten bzw. einmal möglich war. Gerade das in Umsetzung befindliche Force-Provider-Konzept wird diese Handlungsfähigkeit im Inland bei einem weitreichenden Infrastrukturausfall nochmals reduzieren.

Einsatz im Inneren und die eigenen Familien

Natürlich sind Stabsrahmenübungen und Planungen auf höheren Ebenen wichtig und notwendig, um Führungsabläufe zu formulieren und zu üben. Wenn das Österreichische Bundesheer jedoch über so gut wie keine notstromversorgten Tankstellen verfügt, die Verbände nur unzureichend in der Lage sind, sich selbst zu versorgen, sollte es zu weitreichenden Versorgungsunterbrechungen kommen, lokal Führungs- und Verbindungsmittel nur eingeschränkt zur Verfügung stehen und das Personal und deren Familien so gut wie nicht auf ein Szenario im Inland vorbereitet sein, dann ist eine reale Handlungsfähigkeit nur eingeschränkt zu erwarten. Denn als Erstes zählt die Familie, wie Psychologen bestätigen werden. Egal, was dienstrechtlich und sonst noch drohen könnte.

/ Eine mögliche Terrorlage oder soziale Unruhen erfordern ebenso nicht

nur die Führungsfähigkeit, sondern auch entsprechend vorbereitete Soldaten für einen Einsatz im Inland. Auf der einen Seite ist es nicht sehr wahrscheinlich, dass Soldaten unmittelbar auf Angreifer stoßen werden. Zum anderen sollten sie aber dazu ausgebildet sein, um mit Eskalationen umgehen zu können, was vor allem auch deeskalierende Maßnahmen erfordert. Denn bei einem Einsatz im Inland handelt es sich nicht unbedingt um einen Crowd-and-Riot-Einsatz, wie er für Auslandseinsätze geübt wird. Hier steht möglicherweise die eigene Bevölkerung gegenüber, insbesondere sollte es zu länger andauernden Infrastrukturausfällen kommen. Und wie sieht es etwa mit der Rückfallebene „persönliche Taschenlampe“ aus? Eine scheinbare Kleinigkeit – die aber je nach Anlassfall sehr wohl entscheidend zur Handlungsfähigkeit beiträgt. Und so könnten die Aufzählungen noch lange fortgesetzt werden.

Chancen nutzen

Ja, das Bundesheer muss die anstehenden Herausforderungen annehmen und soll die entstandenen Chancen nutzen. Jedoch darf in der Euphorie nicht vergessen werden, wo wir derzeit stehen und welche dringenden und grundlegenden Hausaufgaben noch zu erledigen sind, um die skizzierten Verwundbarkeiten unserer modernen Gesellschaft zu reduzieren. Dabei zählt vor allem der Status quo und nicht mögliche wünschenswerte zukünftige Fähigkeiten. Denn das Unerwartete kann uns bereits morgen treffen. ✘



Die persönliche Taschenlampe zum Erhalt der Handlungsfähigkeit

© PIXABAY

Der Syrienkrieg und die Berichte in unseren Medien

BRIGADIER I. R. PROF. DR. HORST MÄDER

Wenn man die seit Beginn des Krieges in Syrien laufende Berichterstattung in den westlichen Medien verfolgt, dann kann man sich über die dort gezeichneten Darstellungen bloß wundern. Denn all das Geschriebene widerspricht in fast allen Punkten jenen Ausführungen, die seriöse Autoren in ihren Büchern darlegen.

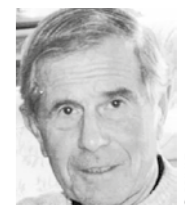
/ Ich nenne als Erstes das Buch von Universitätsprofessor Tim Anderson (Universität Sidney) „Der schmutzige Krieg gegen Syrien“ (Liespen, 2016). Der Politikwissenschaftler belegt auf der Grundlage akribischer Recherchen, wie es für einen Wissenschaftler geboten ist, dass der Krieg in Syrien Teil eines geostrategischen Plans der Vereinigten Staaten von Amerika ist, um die Region nach ihren Interessen neu zu ordnen. „Pseudo-islamische Terrormilizen zerstören gezielt die Infrastruktur Syriens. Dirigiert und finanziert werden jene Söldnertruppen von rivalisierenden Anrainerstaaten wie Saudi-Arabien, die Türkei oder Katar. Sie begehen kriminelle Terrorakte, um diese sodann der syrischen Regierung zuzuschreiben. Bereitwillig wirken liberale westliche Medien, Nichtregierungsorganisationen und Politiker mit bei den ‚false-flag‘-Manövern, um den syrischen Präsidenten und die syrischen Streitkräfte als Monster zu entmenschlichen“, schreibt der Professor. Widerspricht das nicht total den Darstellungen in unseren Medien? Da Anderson sich vornehmlich auf anerkannte westliche Quellen aus Presse, Denkfabriken und Wissenschaft beruft und einen üppigen Quellenanhang an jedes Kapitel anfügt, ist sein Buch eine klare Orientierungshilfe.

/ Ein anderes Buch stammt von der deutschen Journalistin Karin Leukefeld: „Flächenbrand“ (PapyRossa Verlag, 2. erweiterte und aktualisierte Auflage 2016). Die erfahrene Journalistin berichtet laufend aus Syrien und verrichtet ihre Arbeit an Ort und Stelle trotz aller Kriegseinwirkungen (siehe auch <http://leukefeld.net>). Damit haben ihre Aussagen Authentizität. Leukefeld unterscheidet sich dadurch von so manchen anderen

Kollegen, die in weiter Ferne vom Geschehen aus Berichten anderer Schlüsse ziehen. Bekannt ist dafür die „Beobachtungsstelle für Menschenrechte“. Der in London ansässige Einmannbetrieb mit vielen Telefonverbindungen steht der syrischen Opposition sowie der City of London nahe und wurde für die internationale Presse zu einer der zentralen Quellen für Nachrichten aus Syrien. Wie objektiv diese Berichte sein können, kann man sich vermutlich vorstellen.

/ Leukefeld ist unzweideutig in ihrem Urteil über den Krieg in Syrien: „Der von außen angeheizte Krieg, die politische Isolierung und die Sanktionen von USA und EU haben ebenso die aufblühende Ökonomie zerstört wie die syrische Reformbewegung. Nichtstaatliche Akteure wie der ‚Islamische Staat‘ und andere Kampfverbände bestimmen in Syrien das Geschehen (...). Ließe man die Syrer unter sich, würden sie innerhalb von Monaten die Kämpfe einstellen können. (...) Es ist das Ausland, das mit seinen Interessen und seinen Stellvertretertruppen die Syrer daran hindert, Frieden zu schaffen. (...) Syrien soll wie alle Organisationen oder Staaten im Mittleren Osten, die sich dem westlichen Zugriff nicht unterwerfen bzw. sich für westliche Interessen nicht instrumentalisieren lassen, zerbrochen werden: So der Iran, der Irak, Syrien, die Hisbollah oder palästinensische Organisationen (...). Die USA haben mit der Ausbildung von zunächst 15.000 ‚moderaten‘ Kämpfern für Syrien in der Türkei, in Jordanien und in Saudi-Arabien begonnen, im 21. Jahrhundert soll Krieg erneut Politik und Diplomatie ersetzen. Im Krieg um die knapper werdenden Rohstoffe ist wieder alles erlaubt. Es geht um Einfluss in einer geostrategisch wichtigen Region, die über Öl, Gas und Wasser verfügt und über Transportwege, die man kontrollieren will.“

/ Was also kann man den im Westen kolportierten Stories glauben? Ich bezweifle alles, hinterfrage jede Nachricht und recherchiere in vielen Medien, um ein möglichst objektives Bild von den Fakten zu erlangen. Ich hoffe, Sie tun das auch. ✘



ZUR PERSON

Brigadier i. R. Prof. Dr. Horst Mäder, langjähriger Chefredakteur der Zeitschrift „Truppendienst“

Rolle des Bundesheeres wird gestärkt

Angesichts der Erfahrungen während der Migrationskrise und aufgrund der neuen Herausforderungen für die Sicherheit, wie Terrorismus und Cyber-Bedrohungen, wird das Krisenmanagement der Republik Österreich neu organisiert.

/ Die Rolle des Bundesheeres wird dabei gestärkt. Der Mehrwert: klare Zuständigkeiten, schnelle Abläufe bei wichtigen Entscheidungen und eine klare Verteilung der Aufgaben zwischen dem Bundesheer und zivilen Einsatzorganisationen.

/ Das Bundesheer ist ein unverzichtbares Element der Sicherheitsvorsorge mit neuen, gesetzlich festgeschriebenen Aufgaben. Der verfassungsgesetzliche Rahmen wird an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts angepasst und die gesamtstaatliche Koordinierung gestärkt. Die zentralen Beschlüsse sind:

Bildung eines Sicherheitskabinetts

- unter Vorsitz des Bundeskanzlers mit einer permanenten gesamtstaatlichen Arbeitsstruktur
- oberstes politisch-strategisches Entscheidungsgremium der Bundesregierung
- ermöglicht vorausschauendes sicherheitspolitisches Handeln zur Bewältigung von Krisen im In- und Ausland
- Zusammenführung aller für die Sicherheit Österreichs relevanten Informationen in einem gesamtstaatlichen Zentrum zum Schutz der österreichischen Bürger

Neue Kompetenzen für das Bundesheer

Diese umfassen:

- das Bewachen von ausländischen Botschaften
- Beiträge zur erweiterten Katastrophenvorsorge
- die Abwehr von Gefahren aus der Luft (z. B. Abwehr von Drohnen)
- den Schutz kritischer Infrastruktur als neue Hauptaufgabe der Miliz –

und dadurch auch eine nachhaltige Absicherung der allgemeinen Wehrpflicht und der Miliz

Die Fähigkeiten des Militärs zur Cyber-Verteidigung werden ausgebaut. Auch das Abwehramt und das Heeresnachrichtenamt als strategischer Auslandsdienst werden verstärkt, insbesondere für Zwecke der Vorbeugung von Terrorismus. Zu einer wichtigen Aufgabe in Auslandseinsätzen des Heeres wird

das Sichern der EU-Außengrenzen. Die dafür nötigen gesetzlichen Entscheidebestimmungen werden angepasst.

/ In der Luftraumüberwachung wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im gesamten Spektrum ausgebaut. Dies beinhaltet unter anderem den Austausch von Luftlagedaten, die Materialerhaltung und die Nacheile über Staatsgrenzen hinweg bis hin zu gemeinsamen Beschaffungsvorhaben mit Partnerstaaten. (Quelle: BMLVS) ✕



NEUE KOMPETENZEN – ZUSAMMENFASSUNG

Die Aufgaben des Bundesheeres für die Innere Sicherheit werden klar verankert („originäre Aufgaben“) und ausgeweitet. Für Beiträge zur Katastrophenvorsorge sollen 15a-Vereinbarungen mit den Ländern – auch präventiv – abgeschlossen werden. Die Bewachung von Botschaften wird Standardaufgabe des Bundesheeres, die nicht bloß als reine „Assistenzleistungen“ für das Innenministerium erbracht wird. Der Terrorismus verändert auch die Bedrohungslage im Luftraum. Nicht nur entführte Flugzeuge, auch Drohnen können eine massive Gefahr darstellen. Das Bundesheer erhält deshalb die ungeteilte Verantwortung für die Abwehr aller Gefahren von oben.

Über 190 Einrichtungen in Österreich sind Teil unserer kritischen Infrastruktur. Sie zu bewachen und vor Angriffen zu schützen, ist neue Aufgabe für das Bundesheer – und zentraler Auftrag für die Miliz. Insbesondere bei einer eskalierenden Bedrohungslage kann der erforderliche Schutz weder quantitativ noch qualitativ von Polizeikräften, sondern nur durch das ÖBH sichergestellt werden.

Diese Kompetenzen des Verteidigungsministeriums für die umfassende Sicherheit im Inland müssen entsprechend in der Verfassung verankert werden. (BMLVS; Red.)



Blick auf die Fassade des Parlamentsgebäudes von der Ringstraßenseite

Koalition zufrieden mit Turnaround beim Verteidigungsbudget

Opposition fordert nachhaltige Budgetierung ein und kritisiert Vermengung von innen- und verteidigungspolitischen Aufgaben

In einer ersten Bewertung des Budgets für Landesverteidigung gab es heute im Nationalrat auch seitens einzelner OppositionspolitikerInnen insofern Lob, als sie anerkannten, dass das Ressort nach langer Zeit wieder über mehr Mittel verfügen kann. Gleichzeitig wurde aber betont, dass die Steigerung von einer sehr niedrigen Ausgangslage erfolge und bei Weitem nicht ausreiche, die Aufgaben der Landesverteidigung nachhaltig abzusichern. Die Grünen und die NEOS äußerten schwere Bedenken hinsichtlich des Einsatzes von Soldatinnen und Soldaten für Aufgaben des Innenressorts. ÖVP und SPÖ sprachen hingegen von einem ordentlichen Budget, womit der Turnaround gelungen sei.

/ Finanzminister Hans Jörg Schelling hat im Rahmen seiner gestrigen Budgetrede den Bereich Sicherheit als einen Schwerpunkt hervorgehoben. Neben dem Innenministerium wird auch das Verteidigungsressort besser dotiert. Bis 2020 sollen der Landesverteidigung 896 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen, im kommenden Jahr belaufen sich die Ausgaben auf 2,32 Milliarden Euro. Zur Bewältigung der Fluchtbewegungen wird laut Finanzminister mit 83 Millionen Euro eine angemessene Assistenz- und Unterstützungsleitung gewähr-

leistet. Auch die unmittelbare Hilfestellung für die Bevölkerung im Katastrophenfall sowie der Schutz der kritischen Infrastruktur seien damit sichergestellt. Schelling unterstrich zudem, dass die Mittel es dem Heer auch weiterhin erlauben, seine international hoch angesehene Rolle bei der Friedenssicherung und bei humanitären Hilfseinsätzen zu erfüllen.

/ Eine gute Grundlage, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten – auch angesichts der großen Herausforderungen – nannte der SPÖ-Sicherheits Sprecher Otto Pendl das von der Bundesregierung beschlossene Sicherheitspaket. Es unterstreiche die Notwendigkeit, Aufgaben gemeinsam zu lösen. Pendl dankte zudem dafür, dass zur Bewältigung der Aufgabe auch die nötigen Planstellen zur Verfügung gestellt werden. Für wichtig hält er es, nun in den Ressorts die entsprechende und notwendige Aus- und Weiterbildung zu organisieren.

/ Wie Otto Pendl zeigte sich Bernd Schönegger zufrieden, dass dem Heer wieder mehr Geld zur Verfügung steht. Der Verteidigungssprecher der ÖVP sprach in diesem Zusammenhang von einem essenziellen Beitrag für die Sicherheit, denn das Heeresbudget stelle die strategische Handlungsreserve der



RECHT, SICHERHEIT UND INTERNATIONALES

- Österreich zählt zu den sichersten Ländern der Welt. Das ist der guten Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten geschuldet, die gerade jetzt wieder außergewöhnliche Leistungen erbringen. Im Bereich Inneres liegt der Voranschlag 2016 um 497,7 Millionen Euro über dem Voranschlag 2015. Das hat vor allem mit den Mehrausgaben für Flüchtlinge zu tun – worauf ich gesondert eingehen werde – sowie mit dem Sicherheitspaket, für das 72 Millionen Euro beschlossen wurden. Ich stehe dazu, dass die hohen Sicherheitsstandards trotz der enormen Herausforderungen weiterhin oberste Priorität haben werden. Wir werden nicht bei der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sparen!
- Unser Land genießt einen hervorragenden Ruf in der Welt. Dazu gehört auch eine gute Strategie, um Österreichs Interessen im Ausland bestmöglich zu vertreten. So gelang es, die Iran-Atomverhandlungen in Wien abzuschließen, außerdem ist Österreich eine ausgezeichnete Adresse als wichtiger internationaler Amtssitz. Die Welt schaut wieder auf Österreich. Österreich investiert 428 Millionen Euro in seine Außenpolitik, das sind mehr Mittel als bisher. In diesem Bereich konnten wir neue Schwerpunkte erarbeiten. So wurde im Zuge der Russlandkrise deutlich, dass wir neue Märkte brauchen. Die Entscheidung, neuen Institutionen beizutreten, wie der Asiatischen Entwicklungsbank, ist wohlüberlegt. Über dieses Vehikel sollen Aufträge für Österreichs Unternehmen in Asien lukriert und schließlich neue Märkte geöffnet werden. Internationale Solidarität ist uns wichtig, daher werden die Mittel für den Auslandskatastrophenfonds auf 20 Millionen Euro aufgestockt, und damit vervierfacht. Die Zuwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit sind um 15 Millionen Euro erhöht worden.
- Unser Bundesheer erfüllt trotz schwieriger Rahmenbedingungen sehr erfolgreich seine Aufgaben bei der Landesverteidigung, internationalen Einsätzen und der Katastrophenhilfe. Mit dem Grenzschutz leistet das Bundesheer einen wichtigen Beitrag. Ich möchte den Soldatinnen und Soldaten danken, dass sie in der derzeitigen Situation so gut mit dem Innenministerium zusammenarbeiten. Das Bundesheer erhält ein Sonderinvestitionspaket in Höhe von 96 Millionen Euro für die Erneuerung von Gerätschaften.
- Ein wichtiger Grund für den Erfolg unseres Standortes ist die Justiz. In internationalen Vergleichen ist unser Rechtssystem immer wieder in guten Positionen. Durch ausgewiesene unabhängige Expertinnen und Experten ist die Rechtspflege in Österreich ein Aushängeschild. Daher erhält die Justiz insgesamt 1,3 Milliarden Euro. (Auszug aus der Budgetrede von Finanzminister Dr. Hans Jörg Schelling im Parlament am 14. Oktober 2015)

Politik dar. Mit dem gelungenen Turnaround sei man von der Ankündigung in die Umsetzung gekommen, sagte Schönegger, man könne nun dringend notwendige Investitionen in die Ausrüstung tätigen. Er gab allerdings zu bedenken, dass Geld allein nicht ausreiche, vielmehr bedarf es auf dem Weg zu einer modernen Armee weiterer Reformen.

/ Für die Sicherheitsmilliarde sei es höchste Zeit gewesen, stimmte auch der Freiheitliche Reinhard Eugen Bösch mit seinen Vorrednern

überein, um im selben Atemzug zu betonen, dass die vorgesehenen 2,3 Milliarden Euro nicht viel seien. Das Volumen betrage nur 0,7 Prozent des BIP, als Minimum bezeichnete er einen Prozent. Bösch forderte daher ein nachhaltiges Budget ein, um die vom Minister vorgestellten Wirkungsziele auch tatsächlich umsetzen zu können. Für Bösch weisen die bislang vorgenommenen strukturellen Veränderungen aber in eine gute Zukunft, wie er sagte.

/ Ähnlich äußerte sich Rainer Hable von den NEOS, der darauf aufmerksam machte, dass das Bundesheer im Jahr 2015 vor dem Kollaps gestanden sei. In den Jahren zuvor habe das Heer zwei Milliarden Euro einsparen müssen, was einem ganzen Jahresbudget entspricht. Die Ausgabensteigerung nehme daher von einem sehr niedrigen Niveau ihren Ausgang und der angepeilte Anteil von 0,85 Prozent am BIP im Jahr 2020 entspreche dem Niveau von 2010. Eine ernsthafte und nachhaltige Landesverteidigungspolitik sehe für ihn anders aus. Hable ortet daher ebenfalls einen erheblichen Nachholbedarf.

/ Ein grundsätzliches Problem in der Vermengung von Aufgaben des Innen- und des Verteidigungsressorts thematisierten sowohl Hable als auch der Sicherheitssprecher der Grünen, Peter Pilz. Das von ihm ausgesprochene Lob für den Minister kehrte Pilz insofern ins Gegenteil, als er meinte, Doskozil sei einer der qualifiziertesten Innenminister, das Problem bestehe darin, dass er Verteidigungsminister sei. Pilz zitierte in diesem Zusammenhang aus offiziellen Papieren des Verteidigungsministeriums und sah darin den Beweis geliefert, dass das Bundesheer für den Einsatz im Inneren aufgerüstet werde, vor allem um gegen Demonstrationen und Kundgebungen vorzugehen. „Das werden wir nicht akzeptieren“, hielt er unmissverständlich fest, die öffentliche Sicherheit sei alleinige Aufgabe des Innenministeriums und der Polizei. (Parlamentskorrespondenz Nr. 1071 vom 13. 10. 2016) ✕

Militär des Jahres 2016

Bei der Matinee „Militär des Jahres 2016“ am 25. November 2016 in Innsbruck zeichnete Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil Soldatinnen und Soldaten sowie Bedienstete des Bundesheeres aus. „Die Anerkennung besonderer Initiativen und außergewöhnlicher militärischer Leistungen ist für mich Ausdruck moderner Unternehmensführung und Wertschätzung aller Soldaten und Bediensteten des Österreichischen Bundesheeres“, so Doskozil.



Zugsführer Josef Amer aus Niederösterreich wurde „Soldat des Jahres 2016“. Bundesminister Doskozil und der stellvertretende Generalstabschef Generalleutnant Bair gratulierten.

Der Sieger

Der „Soldat des Jahres 2016“ wurde Zugsführer Josef Amer aus Niederösterreich. Aufgrund seines familiären Hintergrundes spricht er fließend Arabisch und Englisch. Während des Assistenzeinsatzes zur Flüchtlingsbewältigung war Zugsführer Josef Amer eine Schlüsselfigur in der Kommunikation mit Flüchtlingen in Nickelsdorf und in Spielfeld.

Rekrut des Jahres

Gefreiter Mustafa Alicioglu aus Wien kam einer außer Dienst befindlichen Polizistin bei der U-Bahn-Station Stephansplatz zu Hilfe. Durch sein Eingreifen trug der damalige Rekrut wesentlich zur Festnahme des Angreifers durch die Polizei bei. Der mutige Soldat erhielt den Siegerpreis „Rekrut des Jahres 2016“.



Gefreiter Mustafa Alicioglu aus Wien wurde Rekrut des Jahres. Bundesminister Doskozil, der stellvertretende Kommandant der Streitkräfte, Brigadier Robert Prader, und der stellvertretende Generalstabschef, Generalleutnant Bair, gratulierten.

Einheit des Jahres

Das zentrale Transportmanagement des Kommandos Einsatzunterstützung in Wien wurde als „Einheit des Jahres 2016“ ausgezeichnet. Während des Assistenzeinsatzes zur Flüchtlingsbewältigung koordinierte das Kommando 2.872 Fahrten mit militärischen Großraumbussen und 13.800 Fahrten mit zivilen Bussen sowie 170 Sonderzüge der ÖBB. So konnten die in Österreich ankommenden Flüchtlinge rasch weitertransportiert werden.

Zivilbediensteter des Jahres

Durch sein großes Engagement und Fachwissen konnte Amtsdirektor Klaus Peer vom Streitkräfteführungskommando zahlreiche freiwillige Milizsoldaten für den Einsatz zum Schutz der

Staatsgrenze gewinnen. So leistete eine Assistenzkompanie, die nur aus Milizsoldaten bestand, in den Monaten Juli bis September 2016 ihren Dienst an der Grenze. Einen vergleichbaren Beitrag aus der Miliz an einem Einsatz des Bundesheeres hat es bis dato nicht gegeben. Klaus Peer wurde als „Zivilbediensteter des Jahres 2016“ geehrt.

Militär des Jahres

Den Preis des Verteidigungsministers „Militär des Jahres 2016“ erhielt das Jägerbataillon 24 mit den Garnisonen Lienz und St. Johann in Tirol. Die Tiroler Soldatinnen und Soldaten wurden für besondere Leistungen in der Ausbildung und Einsatzvorbereitung im Hochgebirge geehrt.

Weitere Auszeichnungen

Die Auszeichnung „Bester Werber für freiwillige Meldungen zu Milizübungen 2016“ erhielt Oberstleutnant Wilfried Tassenbacher aus Salzburg. In seiner Jägerkompanie werden Ausbildung und Dienstbetrieb so interessant und attraktiv gestaltet, dass sich viele Grundwehrdiener freiwillig für einen weiteren Dienst in der Miliz melden.

/ 160 Läufer des Artillerie- und Aufklärungsbataillons 3 aus Niederösterreich nahmen heuer am 16. Wien Energie Business Run teil und stellten das größte Starterfeld des Bundesheeres. Für ihre sportliche Leistung erhielten die Soldaten eine Auszeichnung. (BMLVS; Red.) ✕

Bundesheer- Personaloffensive

Die sicherheitspolitischen Herausforderungen sind größer geworden. Die illegale Migration und die Terrorgefahr zeigen, wie wichtig das Bundesheer für die Sicherheit in Österreich ist. Deshalb werden bis 2020 insgesamt 1,7 Milliarden Euro in Geräte, Ausstattung und die Kaserneninfrastruktur investiert. Neben dieser Investitionsoffensive startet das Bundesheer nun eine große Personaloffensive. Der Grenzeinsatz, die Auslandseinsätze und die neue Ausbildung der Grundwehrdiener erfordern mehr Soldatinnen/Soldaten, mehr Ärztinnen/Ärzte und mehr Pilotinnen/Piloten. Umbau statt Abbau – das ist die neue Devise. Das Bundesheer sucht daher vor allem Soldatinnen/Soldaten, die Unteroffizier oder Ausbilderin/Ausbilder werden wollen, aber auch Pilotinnen/Piloten, Ärztinnen/Ärzte und Auslandseinsatzsoldatinnen/Auslandseinsatzsoldaten werden aufgenommen.

Attraktiver Arbeitgeber – folgende Maßnahmen wurden gesetzt:

- Ein höheres Gehalt, niedrigere Einstiegslimits, eine neue Unteroffiziersausbildung, Sport während der Dienstzeit und eine lebenslange Anstellung – das sind die Eckpunkte der Personaloffensive.
- Ein sicherer Arbeitsplatz und eine lebenslange Anstellung.
- Die Unteroffiziersausbildung wurde neu organisiert. Sie wird in einem geschlossenen, durchgehenden Lehrgang durchgeführt und dauert 18 Monate. Danach trägt man den Dienstgrad Wachtmeister und ist ausgebildeter Unteroffizier.
- Im Jahr 2016 wurde die Bezahlung erhöht. Chargen erhalten ab sofort 70 Euro, Unteroffiziere zwischen 124 und 450 Euro monatlich mehr. Soldatinnen/Soldaten, die sich für Auslandseinsätze verpflichten, erhalten pro



Gesucht: Pilotinnen und Piloten

© BUNDESHEER/GRUP

Monat zwischen 562 und 691 Euro zusätzlich zum Gehalt. Für Ärztinnen/Ärzte und Pilotinnen/Piloten gibt es neue Sonderverträge.

- Die Erhöhung des Verteidigungsbudgets ermöglicht wieder eine uneingeschränkte Ausbildung, mehr Übungen und damit die Bezahlung von Überstunden.
- Bei Katastrophen oder Assistenzsätzen wird das Gehalt verdoppelt.

Das Aufnahmeverfahren wird erleichtert – Ausbilden statt Ausscheiden

- Die volle körperliche Leistungsfähigkeit muss erst nach zwölf Monaten erbracht werden.
- Die Limits wurden an andere Armeen bzw. die Polizei angepasst.
- Ein personalisierter Trainingsplan unterstützt das Erreichen dieser Limits.

Der Grundwehrdienst ist die Rekrutierungsbasis

Die Attraktivierung des Grundwehrdienstes ist nun endlich bei den Rekruten angekommen. Dies zeigt die seit 2014 durchgeführte Befragung aller Soldaten. 70 Prozent aller Grundwehrdiener bewerten die Entscheidung, den



Gesucht: Kaderpräsenzsoldatinnen und -soldaten für In- und Auslandseinsätze

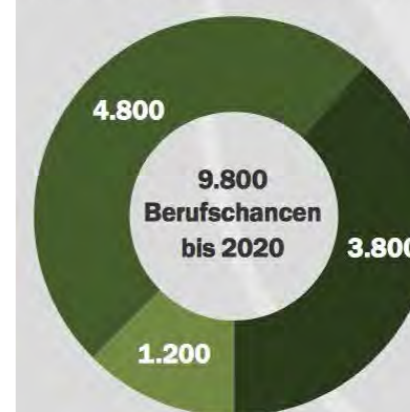
© BUNDESHEER/SCHWARZLER

Wehrdienst abgeleistet zu haben, als positiv, neun Prozent als neutral. Die Ausbildung wird als sinnvoller und die Vorgesetzten werden als vorbildlicher gesehen. Sowohl das Vertrauen in die Vorgesetzten als auch in das Bundesheer ist signifikant gestiegen. Diesen Weg der Attraktivierung des Grundwehrdienstes werden wir weiter gehen.

Soldatinnen, Pilotinnen/ Piloten, Ärztinnen/Ärzte

- Der Anteil der Soldatinnen soll mittelfristig auf zehn Prozent erhöht werden. Im Herbst 2016 wird ein Maßnahmenpaket zur Erhöhung des Soldatinnenanteils präsentiert. Girls' Days soll es zukünftig in jedem Bundesland geben. In einem zweitägigen Girls' Camp können Interessentinnen „Kasernenluft“ schnuppern. Ein Mentoring-Programm begleitet junge Soldatinnen innerhalb des Bundesheeres.
- Das Bundesheer nimmt ab sofort jedes Jahr acht bis zehn Pilotinnen/Piloten auf. Dazu ist es notwendig, aus einer großen Anzahl von Bewerberinnen/Bewerbern auszuwählen. Es gibt nun keine Alterslimits für aktive Pilotinnen/Piloten mehr; solange die Pilotin/der Pilot fit ist, kann sie/er fliegen. Neue Flugzeuge und Helikopter als Nachfolger für die Saab 105, den OH-58 und die Alouette 3 werden beschafft.
- Das Bundesheer nimmt ab sofort jedes Jahr mindestens 20 Ärztinnen/Ärzte auf. Die Sonderverträge werden attraktiver gestaltet, das Aufnahmeverfahren wird beschleunigt, Auslandseinsätze bieten ein interessantes Arbeitsfeld. (BMLVS; Red.) ❌

9.800 FRAUEN UND MÄNNER KÖNNEN BIS ZUM JAHR 2020 BEIM BUNDESHEER EINEN JOB FINDEN.



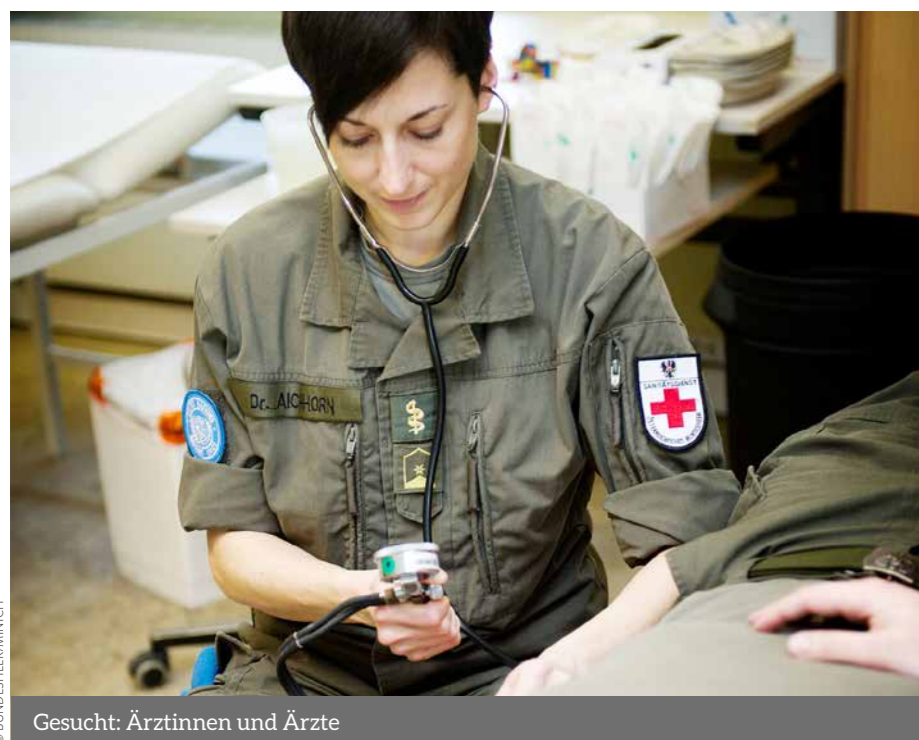
- **3.800 Berufssoldatinnen/ Berufssoldaten** (sogenannte Kaderpräsenzsoldatinnen/ Kaderpräsenzsoldaten) werden bis 2020 neu aufgenommen
- **1.200 bis 1.400 Pensionsabgänge** können zusätzlich jährlich ersetzt werden
- **Etwa 300 Zeitsoldatinnen/ Zeitsoldaten** können jährlich nachbesetzt werden

© BMLVS

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

- 22.617 Bundesheer-Bedienstete gibt es insgesamt.
- 14.466 Soldatinnen und Soldaten dienen derzeit beim Heer; davon 355 Soldatinnen.
- 9.800 Berufschancen bis 2020
- 1.984 Personen haben sich in den vergangenen neun Monaten beim Bundesheer verpflichtet.
- 523 mehr Interessentinnen und Interessenten gab es 2016 im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2015.
- 23 Jahre ist das Höchstalter für Militärpilotinnen/Militärpiloten bei der Aufnahme.
- 29 Jahre ist das Höchstalter für Offiziersanwärterinnen/Offiziersanwärter bei der Aufnahme.
- 34 Jahre ist das Höchstalter für Unteroffiziersanwärterinnen/Unteroffiziersanwärter bei der Aufnahme.
- 87 Auszubildende haben im September 2016 mit der Berufsunteroffiziersausbildung begonnen, weitere 300 werden bis Anfang November 2016 „zusteigen“.
- 2.000 Euro brutto verdienen die Auszubildenden pro Monat während der 18-monatigen Unteroffiziersausbildung.
- 4.100 Euro brutto verdient ein Wachtmeister im Kosovo pro Monat.
- 5.000 Euro verdient eine ausgebildete Einsatzpilotin/ein ausgebildeter Einsatzpilot am Eurofighter.
- 7.300 Euro verdient eine Militärärztin/ein Militärarzt in Mali pro Monat.
- 43 verschiedene Lehrgänge werden in der Offiziersausbildung angeboten. Das Spektrum reicht von waffen- und fachspezifischer Ausbildung über weiterführende Führungskräfte- und Managementqualifikation bis zu Ausbildungsgängen auf höchster politisch-strategischer Ebene.

Weitere Informationen unter <http://jobchance.bundesheer.at>



Gesucht: Ärztinnen und Ärzte

© BUNDESHEER/MINICH



Die Offiziere erhalten ihren Säbel vom Jahrgangskommandanten.



Befehlsausgabe

© BUNDESHEER/BH HAMMER GERHARD

© BUNDESHEER/ARNOLD REINHART

- lich einer mindestens zweijährigen Berufserfahrung
- Abschluss einer mindestens dreijährigen Berufsbildenden Mittleren Schule einschließlich einer mindestens zweijährigen Berufserfahrung
- für Bewerber mit abgeschlossener Unteroffiziersausbildung eine Mindestdienstzeit von sechs Jahren (ab Beginn Grundwehr- bzw. Ausbildungsdienst)

FH-Studierende als zivile Bewerber

Zivile Bewerber, die den Fachhochschul-Bachelor-Studiengang „Militärische Führung“ beginnen möchten, müssen folgende Zugangsvoraussetzungen erfüllen:

- entweder allgemeine Universitätsreife:
 - Reifeprüfungszeugnis
 - Studienberechtigungsprüfung (gemäß Studienberechtigungs-gesetz)
- oder einschlägige berufliche Qualifikation:

- Abschluss einer mindestens dreijährigen Berufsausbildung in bestimmten Lehrberufsgruppen einschließlich einer mindestens zweijährigen Berufserfahrung
- Abschluss einer mindestens dreijährigen Berufsbildenden Mittleren Schule einschließlich einer mindestens zweijährigen Berufserfahrung

Bachelor-Studiengang „Militärische Führung“

Um den in zunehmendem Maße komplexer werdenden Aufgaben des Österreichischen Bundesheeres gerecht werden zu können, wurde die Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie reformiert. Die europäische Integration und die Entwicklung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems verlangen heute nicht nur militärisch-fachliche Kompetenz, sondern auch – dem Schlagwort „armis et litteris“ (mit Waffen und Wissenschaft) gemäß – eine vermehrt

Offizier: Beruf und Berufung

Aus dem Einsatzkonzept des Österreichischen Bundesheeres, welches neben Kampfeinsätzen vermehrt auch Hilfeinsätze beinhaltet, leiten sich jene Erfordernisse ab, welche den Offizier als Schützer, Helfer und Kämpfer definieren.

/ Der Teilbereich „Ausbildung und Dienstbetrieb“ bestimmt das Leitbild des Offiziers weiters als Lehrer und Erzieher sowie als Organisator und Verwalter.

/ Das Berufsfeld des Offiziers ist das Österreichische Bundesheer, dessen vielschichtige Aufgaben umfassen gemäß der Bundesverfassung

- die militärische Landesverteidigung,
- auch über den Bereich der militärischen Landesverteidigung hinaus den Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit und der demokratischen Freiheiten der Einwohner sowie die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren überhaupt,
- die Hilfeleistung bei Elementarereignissen außergewöhnlichen Umfangs und

- die Hilfeleistung im Ausland bei Maßnahmen der Friedenssicherung, der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe sowie der Such- und Rettungsdienste (Auslandseinsatz).

/ Das Berufsfeld ist jedoch nicht nur auf das Bundesheer beschränkt. Im Zuge der anzustrebenden Interoperabilität von Streitkräften gewinnt das wechselseitige Anbieten von zumindest Teilen nationaler Ausbildungsgänge an internationale Partner an Bedeutung. Eine weitere Möglichkeit der Nutzung bietet sich an für Führungskräfte von anderen Einsatzorganisationen und weiteren mit Belangen der Sicherheit befassten Institutionen. Möglich ist auch eine Nutzung im Bereich von „Non-Governmental Organizations“ (NGO), deren Aufgabenvollzug von einer effektiven zivil-militärischen Kooperation geprägt sein kann.

Zugangsvoraussetzungen

Grundvoraussetzung für die Zuerkennung eines Studienplatzes an der Theresianischen Militärakademie ist die Absolvierung eines Auswahlverfahrens,

bei dem folgende Kriterien bewertet werden:

- einschlägige berufliche Qualifikation und Erfahrung
- personale Kompetenz
- sozial-kommunikative Kompetenz
- Fremdsprachenkenntnisse
- physische Leistungsfähigkeit

Berufsoffiziersanwärter als militärische Bewerber

Militärische Bewerber, die die Berufsoffiziersausbildung beginnen möchten, müssen folgende zusätzliche Zugangsvoraussetzungen erfüllen:

- österreichische Staatsbürgerschaft
- Unbescholtenheit
- ein Höchstalter von 29 Jahren im Jahr des Aufnahmeverfahrens
- entweder allgemeine Universitätsreife:
 - Reifeprüfungszeugnis
 - Studienberechtigungsprüfung (gemäß Studienberechtigungs-gesetz)
- oder einschlägige berufliche Qualifikation:
 - Abschluss einer mindestens dreijährigen Berufsausbildung in bestimmten Lehrberufsgruppen einschließ-



UNSER HEER

WASSER UND STROM: DAS SCHÜTZEN WIR.

Die Miliz. Bringt mehr Heer: Unsere Milizsoldatinnen und Milizsoldaten leisten unverzichtbare Beiträge für die Sicherheit unseres Landes. Zum Beispiel beim Schutz der Wasser- und Energieversorgung vor terroristischen Angriffen.

Auf unsere Miliz ist Verlass.
MIT SICHERHEIT.

bundesheer.at

Miliz **Stolz, dabei zu sein!**

Bundesheer-Denkmal



Die Offiziere leisten das Treuegelöbnis auf die Republik Österreich.

wissenschaftlich fundierte Offiziersausbildung.

Fachhochschul-Bachelor-Studiengang „Militärische Führung“

Die Ausbildung zum Berufsoffizier umfasst den Fachhochschul-Bachelor-Studiengang „Militärische Führung“, dessen Ziel es ist, die Truppenoffiziere zu hochqualifizierten militärischen Führungskräften zu machen, die den internationalen Vergleich nicht scheuen müssen.

/ Angehörige des Österreichischen Bundesheeres absolvieren den Studiengang bei voller Bezahlung – Verpflegung und Unterkunft werden kostenlos zur Verfügung gestellt.

/ Das Studium in Wiener Neustadt bietet eine wissenschaftlich begründete, erziehungs- und sozialwissenschaftliche Disziplinen integrierende einsatzorientierte Ausbildung. Das betrifft beispielsweise die verantwortungsvollen Aufgaben eines Zugkommandanten, eines Fachoffiziers oder eines stellvertretenden Kompaniekommandanten.

Studium nicht nur für Offiziersanwärter

Neben Angehörigen des Bundesheeres besteht auch für andere Interessierte die Möglichkeit, an diesem Studiengang teilzunehmen, sofern der Bewerber/die Bewerberin die Aufnahmebedingungen erfüllt. Ausbildung in militärischer Führung kann beispielsweise auch in zivilen Organisationen, die sich mit Katastro-

phenschutz oder Brandschutz beschäftigen, extrem wichtig sein und zum Schutz von Menschenleben beitragen. Bei Bedarf wird der Studiengang auch in englischer Sprache durchgeführt.

Welche Fähigkeiten sollen geschult werden?

Im Rahmen dieser Ausbildung wird die Fähigkeit zur selbstständigen Problemanalyse und der autonomen Entwicklung von Lösungsansätzen unter besonderer Beachtung der vernetzten Anwendung des Wissens gefördert. Auch die Schulung der kommunikativen und organisatorischen Fähigkeiten hinsichtlich der Durchführung von Projekten und der Teamarbeit findet im Rahmen des Studienplans eine besondere Berücksichtigung.

/ Darüber hinaus sollen die Grundlagen für die Berufsausübung als Führungskraft und Experte geschaffen werden. Das beinhaltet für die Truppenoffiziere auch die Ausbildung für eine Verwendung im Rahmen internationaler Einsätze, einschließlich der erforderlichen Fremdsprachenausbildung.

Ablauf des Studiums

Bewerber richten bis Ende der 15. Kalenderwoche einen schriftlichen Antrag (mittels Anmeldeformular) an die Studiengangsleitung der Theresianischen Militärakademie.

/ Der sechssemestrige Studiengang beinhaltet zwölf Wochen Berufspraktikum, wovon sechs Wochen im Ausland stattfinden. Der Abschluss des Studiums erfolgt durch die Diplomprüfung

und die Verleihung des akademischen Grades „Bachelor“. Militärische Hörer absolvieren zusätzlich eine Dienstprüfung und mustern bei Bestehen zum Leutnant aus.

Der Fachhochschul-Master-Studiengang „Militärische Führung“

Aufbauend auf die Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie und die Erfahrung im Truppendienst als Offizier gibt es an der Landesverteidigungsakademie in Wien einen weiteren akademischen Studiengang, den Fachhochschul-Master-Studiengang „Militärische Führung“. Das modern konzipierte, modular aufgebaute und an die jeweiligen Bedarfsträger individuell anpassbare Ausbildungsangebot vermittelt den Truppenoffizieren und sonstigen Studierenden jene Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen, die sie zur Aufgabenerfüllung in ihrem zukünftigen Tätigkeitsschwerpunkt als Führungskraft und besonders qualifizierter Stabsoffizier in Einsatzorganisationen befähigen.

/ Der viersemestrige Studiengang wird als Vollzeitstudium am Institut für höhere militärische Führung an der Landesverteidigungsakademie abgehalten. Den Berufsoffizieren wird mit dem neuen Master-Studiengang eine vollwertige akademische Bildung geboten. Die Absolventinnen und Absolventen des FH-MaStgMilFü sind berechtigt, den akademischen Grad „Master of Arts in Military Leadership“ (M.A.) zu führen. (BMLV; Red.) ✕



Beurteilung der Lage

© BUNDESHEER



Militärische Ehren in Zypern für drei bei einem Flugzeugangriff gefallene Österreicher (1974)

© OBH



Das Denkmal im Libanon

© OBH/W. BAUER

Es gibt in Österreich keinen zentralen Ort des Dankes und der Anerkennung sowie auch keinen zentralen Gedenkort für Hinterbliebene von Soldaten des Bundesheeres. „Das Bundesheer der Zweiten Republik hat ein Denkmal verdient. Unsere Soldatinnen und Soldaten haben bisher enorm viel für Österreich und bei Friedensmissionen im Ausland geleistet. Alleine 52 Angehörige des Bundesheeres starben bei Auslandseinsätzen. Diesen und allen anderen gebührt ein zeitgemäßes, würdevolles Gedenken ihrer Leistungen für Österreich“, so Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil.

/ Das Bundesheer der Zweiten Republik erbrachte viele Leistungen für die österreichische Bevölkerung und in Friedensmissionen im Ausland. Einen zentralen Gedenkort für die Soldatinnen und Soldaten gab es bisher noch nicht.

Schutz und Hilfe

Das Österreichische Bundesheer bietet seit seinem Bestehen Schutz und Hilfe für die Bevölkerung. Neben der militärischen Landesverteidigung leisten

Soldatinnen und Soldaten bei Naturkatastrophen und Großunfällen einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung ziviler Behörden.

/ Kurz nach der Aufstellung musste das Bundesheer bereits seinen ersten militärischen Einsatz bei der Ungarnkrise bewältigen. Es folgten die Einsätze 1968 (Tschechoslowakei/Krise/Prager Frühling) und 1991 (Zerfall Jugoslawiens). 1991 waren im Grenzsicherungseinsatz rund 7.700 Soldaten für einen Monat an der österreichischen Südgrenze eingesetzt.

/ Darüber hinaus unterstützt das Bundesheer andere Behörden bei der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit im Inneren, wie beispielsweise beim Grenzeinsatz im Burgenland und beim laufenden Einsatz zur Bewältigung der Migrationsströme in ganz Österreich.

/ In 17 Jahren Assistenzeinsatz (1990 bis 2007) an der Ostgrenze Österreichs haben 334.903 Soldaten ihren Dienst geleistet. 470 Kilometer Grenze wurden überwacht. Während dieses Einsatzes sind 49 Soldaten gestorben oder ums Leben gekommen.

Zusätzlich engagiert sich das Bundesheer seit 56 Jahren in Auslandseinsätzen im Dienste der Republik Österreich. Es gab über 100 Friedens- und humanitäre Einsätze in 70 verschiedenen Ländern. Dabei haben 52 Soldaten ihr Leben gelassen.

/ Seit 1960 haben rund 110.000 Österreicher in Friedens- und humanitären Einsätzen im Ausland gedient. Der längste Einsatz des Bundesheeres ist die Mission United Nations Force in Zypern, die seit 52 Jahren läuft. Allein im Kosovo leisten täglich 500 österreichische Soldatinnen und Soldaten ihren Dienst für Frieden und Stabilität.

/ Die Unterstützung bei Naturkatastrophen und Großunfällen ist eine wichtige Aufgabe für das Bundesheer. Einer der größten Katastropheneinsätze war etwa das Jahrhundertwasser 2002, bei dem bis zu 11.277 Soldaten gleichzeitig gegen die Wassermengen ankämpften. Sie evakuierten 13.000 Menschen, verlegten 195.000 Sandsäcke und sorgten damit für die Sicherheit der Bevölkerung.

/ In den letzten zehn Jahren (2005 bis 2015) haben insgesamt 28.782 Soldatinnen und Soldaten Katastrophenhilfe für die Bevölkerung geleistet.

ÖÖG begrüßt die Pläne

Die Österreichische Offiziersgesellschaft begrüßt die Pläne von Verteidigungsminister Doskozil, ein Denkmal für das Bundesheer und die Soldatinnen und Soldaten der Zweiten Republik zu errichten.

/ „Der Soldatenberuf ist kein Beruf wie jeder andere: Soldaten müssen oft in Gefahrensituationen handeln und sie geloben, ihr Heimatland mit der Waffe zu verteidigen. Dieser Einsatz verdient Respekt und Anerkennung! Ein Denkmal zeigt auch, dass das Bundesheer mitten in der Gesellschaft verankert ist“, betont Oberst Erich Cibulka, Präsident der Offiziersgesellschaft.

/ Das geplante Denkmal kann und soll auch ein Gedenkort für jene Soldatinnen und Soldaten sein, die in Ausübung ihrer Pflicht ihr Leben verloren haben. (BMLVS, ÖÖG, Red.) ✕



Angelobung am 26. Oktober 2016 am Heldenplatz in Wien, Abschreiten der Front, von links nach rechts: Kommandant der Garde Stefan Kirchebner; Militärkommandant von Wien Kurt Wagner; Generalstabschef Othmar Commenda; Kommandant der Streitkräfte Franz Reißner (verdeckt); Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil; Präsident des Wiener Landtages Harry Kopietz; Nationalratspräsidentin Doris Bures; Vizekanzler Reinhold Mitterlehner und Bundeskanzler Christian Kern

© PARLAMENTSDIREKTION/JOHANNES ZINNER (2)

„Mögen viele Frauen die Männerbastion Bundesheer erobern“

NATIONALRATSPRÄSIDENTIN NIMMT AN DER ANGELOBUNG VON REKRUTINNEN UND REKRUTEN AM HELDENPLATZ TEIL

Das Österreichische Bundesheer stellt sich nicht nur den neuen Bedrohungen, es reagiert auch auf Veränderungen in unserer Gesellschaft, betonte Nationalratspräsidentin Doris Bures anlässlich der Angelobung von Rekrutinnen und Rekruten des Österreichischen Bundesheeres am Heldenplatz. Dieser traditionelle Termin des Bundespräsidenten am Nationalfeiertag wurde heuer von Nationalratspräsidentin Doris Bures wahrgenommen.

In ihrer Ansprache sagte die Nationalratspräsidentin: „Heute spiegelt das Bundesheer die Diversität unseres Landes in weiten Teilen wider: Menschen unterschiedlichster Herkunft dienen

der Republik im Österreichischen Bundesheer.“ Die Rekrutinnen und Rekruten, die am Nationalfeiertag ihr Gelöbnis als Soldatinnen und Soldaten der Republik Österreich ablegen, könnten das in der Gewissheit tun, in einem Heer zu dienen, das sich Werten wie Verantwortung, Schutz der Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Frieden und Solidarität verschrieben hat. „Ich wünsche Ihnen, dass Sie Ihre Zeit beim Österreichischen Bundesheer als Bereicherung empfinden und viele wertvolle Eindrücke und Erfahrungen für Ihr weiteres Leben mitnehmen können“, so die Nationalratspräsidentin zu den Rekrutinnen und Rekruten.

Das Bundesheer werde zudem – wenn auch langsam – weiblicher, sagte Bures, die ausdrücklich die klare Zielsetzung des Bundesministers für Landesverteidigung und des Generalstabes begrüßte, in den nächsten Jahren mehr Frauen ins Bundesheer zu bringen. „Seit wenigen Monaten gibt es auch im höchsten Dienst des Militärs, dem Generalstabsdienst, erstmals eine Frau. Das ist ein ermutigendes Zeichen. Weitere mögen folgen, denn das Bundesheer soll Frauen eine gute Ausbildung, untypische Arbeitsplätze und neue Karrierechancen bieten. In diesem Sinne wünsche ich der neuen Beraterin für Frauenfragen im Österreichischen Bundesheer von Herzen alles Gute. Mögen viele Frauen mit ihrer Hilfe die Männerbastion Bundesheer erobern!“ (Parlamentskorrespondenz Nr. 1142/2016) ✕



Rekrutinnen des Bundesheeres mit Nationalratspräsidentin Doris Bures und Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil

Bundesheer neu – Schwere Brigade ohne Fliegerabwehr?

OBERST I. R. KURT GÄRTNER

Schwere Brigade

Die Brigaden erhalten eine Spezialisierung, dabei werden besonders die einsatzwahrscheinlichsten Aufgaben des Bundesheeres und auch teilweise die Aufgaben bei einer Existenzbedrohung Österreichs berücksichtigt.

Die 4. Panzergrenadierbrigade fasst die mechanisierten Kräfte des Bundesheeres zusammen und bildet eine Schwere Brigade. Sie ist für robuste Einsätze im In- und Ausland vorgesehen und soll auch für eine konventionelle militärische Landesverteidigung befähigt sein.

Man kann davon ausgehen, dass beim Einsatz von mechanisierten Kräften häufig eine Luftbedrohung herrscht. Wenn Panzer am Gefechtsfeld fahren, dann sind gegnerische Flieger auch bald da.

Derzeit bleibt der Kampftruppe nur eines übrig: Der Schutz gegen die Bedrohung aus der Luft ist grundsätzlich planerisch zu berücksichtigen. Lageabhängig müssen diese Aufgaben im multinationalen Einsatz durch die Flugabwehr eines Partners übernommen werden. Besser wäre es, eine eigene mobile Fliegerabwehr für den Truppenschutz zu besitzen.

Sicherheitslage

Österreich geht bei der Einschätzung der Sicherheitslage – wie übrigens die meisten europäischen Staaten – von einem Konflikt niedriger Intensität aus. Nur einige europäische Länder sind für eine kollektive Verteidigung ausreichend gerüstet und so kommt es, dass nur wenige Streitkräfte eine mobile Gefechtsfeld-Fliegerabwehr besitzen, obwohl auch bei eigener Luftüberlegenheit mit Luftangriffen im unteren Höhenbereich zu rechnen ist.



35mm-Fliegerabwehrkanone als Teil für die Rekonstruktionsbasis der Fliegerabwehr

© BUNDESHEER (2)

Die Gefechtsfeld-Fliegerabwehr soll die vorhandene Fliegerabwehr nicht ersetzen, sondern ergänzen, um eine sichtbare Lücke des Truppenschutzes zu schließen. Eine „One-size-fits-all“-Lösung, die allen Bedrohungen gerecht wird, ist nicht am Markt. Europas Streitkräfte können den oberen Luftraum durch fliegende und weitreichende bodengebundene Luftverteidigungsmittel relativ gut beherrschen, was fehlt, ist eine mobile mechanisierte Flugabwehr am Gefechtsfeld.

Gefechtsfeld-Fliegerabwehr

Wie könnte eine mobile Gefechtsfeld-Fliegerabwehr aussehen und welche Fähigkeiten sind notwendig, um die geforderten Aufgaben erfüllen zu können? Als Waffenplattform dient ein leicht gepanzertes Geländefahrzeug 6x6 mit einer Abschussvorrichtung für vier Flugkörper. Ferner benötigt die Werfereinheit kreiselstabilisierte Tag/Nacht-Sensorik, Laserentfernung-



Fliegerabwehrwaffe Mistral als Teil für die Rekonstruktionsbasis der Fliegerabwehr

Die **Waffengattung Fliegerabwehr** wird auf die Stufe Rekonstruktion redimensioniert. Die Fliegerabwehrtruppe stellt mit ihren bodengestützten Einsatzmitteln die erforderliche Ergänzung zur Luftraumüberwachungstruppe, Luftunterstützungstruppe und Kampffliegertruppe dar. Mit Wirkungsmitteln kürzerer Reichweite ist die Fliegerabwehrtruppe befähigt, stationäre Objekte, insbesondere eigene Truppen oder wichtige Einrichtungen im Rahmen eines präventiven Objektschutzes, in konzentrierter Form vor Angriffen aus der Luft zu schützen. Im ÖBH 2018 wird die Fliegerabwehrtruppe Teil des Rekonstruktionskerns. (Anmerkung: Inlandseinsatzambition der Fliegerabwehr ist, bei besonderen Anlässen einen präventiven Objektschutz im Rahmen des integrierten Luftraumsicherungssystems für ein Objekt in Österreich sicherzustellen.) (vgl. Militärstrategisches Konzept 2015)



MPCS-Turm für Lenkflugkörper Mistral

messer, GPS, Freund-Feind-Erkennung, vier schussfertige Flugkörper und weitere Flugkörper am Fahrzeug.

Die Gefechtsfeld-Fliegerabwehr soll Konvois, mechanisierte Einheiten, luftbewegliche Truppen und kritische Infrastruktur vor Bedrohungen aus der Luft schützen. Hierzu zählen Jagdbomber, Hubschrauber, Drohnen und Flugkörper aller Art. Außerdem soll das Waffensystem so ausgelegt sein, dass es auch terroristische Bedrohungen aus der Luft abwehren kann. Beim Einsatz von Abstandswaffen sind die Lenkflugkörper und Lenkbomben zu bekämpfen, da bei diesem Verfahren die Kampfflugzeuge außerhalb der Reichweite der Gefechtsfeld-Fliegerabwehr fliegen.

Anforderungen

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, ist eine Einsatzschussweite von mindestens sechs Kilo-

metern bei einer Flughöhe bis zu vier Kilometern notwendig. Die Werferinheit muss Luftziele autonom oder nach einer Zielzuweisung von einem mit Radar ausgestatteten Batteriegefechtsstand bekämpfen können. Das Radar sollte eine Reichweite von 25 Kilometern haben und sechs Werferinheiten bilden eine Fliegerabwehrbatterie. Als Bataillonsführungsgefechtsstand könnte man das im österreichischen Bundesheer schon eingeführte Zielzuweisungsradar verwenden.

Das Waffensystem für die Gefechtsfeld-Fliegerabwehr muss folgende technische Anforderungen erfüllen:

- Verladebarkeit in Transportflugzeug C-130
- Allwettereinsatz- und Nachtkampffähigkeit
- hohe ECM-Festigkeit
- kurze Reaktionszeit und rascher Zielwechsel
- Mobilität am Gefechtsfeld entsprechend der zu schützenden Truppe
- Schutz der Bedienung gegen Splitter und Beschuss aus Infanteriewaffen
- Einsatzfähigkeit im multinationalen Rahmen
- geringer logistischer Aufwand

Die Basis für ein leichtes, mobiles Gefechtsfeld-Fliegerabwehrsystem bildet der MPCS-Turm (Multi Purpose Combat System) mit integrierten Lenkflugkörpern. Die Komponenten sichern die Fähigkeit zur Luftzielentdeckung und Kampfführung sowie Wirkung gegen das aktuelle und zukünftige Bedrohungsspektrum im Nahbereich. Durch den modularen Aufbau können sie ohne großen Aufwand auf unterschiedliche Plattformen integriert werden. ❌

DIE SCHWERE BRIGADE

Die 4. Panzergrenadierbrigade bildet die „Schwere Brigade“ des Bundesheeres. In dem Verband sind die mechanisierten Kräfte des Bundesheeres zusammengefasst. Der Verband ist vorgesehen für robuste Einsätze im In- und Ausland und er ist entscheidend für den Fähigkeitserhalt in der konventionellen militärischen Landesverteidigung.

VERBÄNDE

Das **Panzerstabsbataillon 4** beinhaltet Einheiten der Führungs-, Kampf- und Einsatzunterstützung. Das **Aufklärungs- und Artilleriebataillon 4** stellt die Augen und Ohren der Brigade dar. Seine Soldaten sind im Einsatz in vorderster Linie aktiv und tasten ab, wie weit gegnerische Kräfte bereits vorgerückt sind. Weiters sorgen sie mit ihren M-109A5Ö Panzerhaubitzen für die Steilfeuerunterstützung der Brigade. Nach der Berechnung der Zielkoordinaten können die Artilleristen innerhalb kürzester Zeit aus vielen Kilometern Entfernung punktgenau Ziele treffen oder ganze Gebiete ausleuchten.

Das **Panzerbataillon 14** ist der mobile, feuerkräftige und gepanzerte harte Kern der Schwere Brigade. Durch seine „Leopard“ 2A4 Kampfpanzer verfügt es über zwei Stärken: Beweglichkeit und Feuerkraft. Vor allem in flachen und hügeligen Gebieten kommen diese Vorteile voll zu tragen. Die **Panzergrenadierbataillone 13 und 35** sind durch ihre Mischung aus Soldaten und Kampfschützenpanzern besonders flexibel. Ihre außerordentliche Stärke besteht im Wechsel zwischen dem Kampf vom Schützenpanzer und dem Ausschwärmen der Truppen ins Gelände.

125 Jahre Heeresgeschichtliches Museum – 125 Jahre Museum der österreichischen Streitkräfte

Das HGM konnte heuer das 125-jährige Jubiläum seiner Eröffnung am 25. Mai 1891 feiern. Die Entstehung dieser Institution, welche das einzige beide Reichshälften umfassende, nicht-höfische Museum der Monarchie darstellte, ist einer Initiative aus der Armee selbst zu verdanken. Generalartillerieinspektor Erzherzog Wilhelm und der ihm unterstellte Artilleriearsenaldirektor hatten nämlich als Erste die Chance erkannt, die sich mit der 1881 absehbar gewordenen Verlegung der Hofwaffensammlung (heute Hofjagd- und Rüstkammer) aus dem von Theophil Hansen geschaffenen prachtvollen ältesten Museumsgebäude Wiens im Arsenal ergab. Sie wollten mit einem neuen Museum nicht nur die Armee würdigen, sondern hofften damit auch die Identifikation der Bevölkerung mit dem Gesamtstaat zu stärken. 1885 begann unter dem Protektorat von Kronprinz Rudolf der Aufbau dieses „k.u.k. Heeresmuseums“, das nach dem Wortlaut seiner ersten Statuten eine „Ruhmeshalle des kaiserlichen Heeres“ werden sollte.

Diesem Anliegen suchte das Museum anfänglich durch die Ausstellung persönlicher Erinnerungsstücke, Trophäen und vor allem möglichst vollständiger Entwicklungsreihen von Ausrüstungsgegenständen und Waffen der k.(u.)k. Armee – seit ihren Anfängen im Dreißigjährigen Krieg – gerecht zu werden. Wesentlich breiter waren dann einige Jahre später die umfangreichen Sammlungsaktivitäten während des Ersten Weltkrieges angelegt. Die „Totalisierung des Krieges“ reflektierend, wurde nun ein breites Spektrum an Objekten gesammelt, von Druckschriften aus den besetzten Gebieten, über Ersatzstoffe des Hinterlandes, bis hin zu Schützengrabenarbeiten des Frontgebietes. Das ehrgeizige Ziel eines nach neuartigen Gesichtspunkten gestalteten Weltkriegsmuseums konnte in der Zwischenkriegszeit aus finanziellen



Das k.u.k. Heeresmuseum im Jahr 1917

Gründen zwar zunächst nicht erreicht werden. Neu geschaffene Ausstellungsbereiche waren jedoch bereits geprägt von – aus damaliger Sicht – innovativen museumsdidaktischen Mitteln, der Aufwertung der bildenden Kunst und dem in musealer Hinsicht noch ganz jungen Medium der Fotografie. Daneben bildete das nunmehrige „Österreichische Heeresmuseum“ eine wichtige Säule der Traditionspflege des ersten Bundesheeres.

Eben diese Tradition wurde ab 1938 gänzlich entfremdet, im Sinne der NS-Ideologie instrumentalisiert und das Museum als Plattform für zum Teil sehr aufwendig gestaltete und medial intensiv beworbene Propagandaausstellungen missbraucht. Nach dem Krieg war der Fortbestand des Museums zweifelhaft. Ab 10. September 1944 waren das Museumsgebäude und einige Depots bei mehreren Luftangriffen schwer getroffen und massiv beschädigt worden. Zudem waren dadurch und durch Plünderungen rund 40 Prozent der Sammlung verloren gegangen. Den-

noch entschied sich die Regierung des wiedererstandenen Österreich – auch im Hinblick auf die damals angestrebte Stärkung der österreichischen Identität – zum Wiederaufbau. Das am 24. Juni 1955 als „Heeresgeschichtliches Museum“ wiedereröffnete Haus fand schließlich als eines der europaweit modernsten und bedeutendsten militärhistorischen Museen internationale Anerkennung. Eines der neuen Elemente war dabei, dass sich das Museum nun aktiv um das Sammeln von Sachzeugnissen zur Geschichte des Bundesheeres bemühte und bereits 1968 die erste Sonderausstellung zu diesem Thema zeigte. Damit war eine lange Reihe von Ausstellungen mit Bundesheerbezug begründet worden, der 2018 eine weitere umfangreiche Schau hinzugefügt werden wird. Gleichzeitig ist es eines der vorrangigen Zukunftsanliegen des HGM, die österreichische Armee der Gegenwart nicht nur in seinen Außenstellen, sondern auch in einer Dauerausstellung am Hauptstandort angemessen zu verankern. (HGM/MHI Stefan Kurz) ❌



ZUR PERSON

Oberst i. R. Kurt Gärtner, geb. 1943, absolvierte die Theresianische Militärakademie in der Waffengattung Fliegerabwehr. Nach Truppenpraxis und weiteren Ausbildungslehrgängen führte er sechs Jahre das Fliegerabwehrbataillon 13. Letzte Verwendung: S4 im FIR 3. Erfolgreicher Abschluss der Fernkurse „Conflict Analysis“ und „Conflict Management“ am US Institute of Peace und Inter-American Defense College.



4. Tag der Wehrpflicht Wirtschaft und Landesverteidigung 20. Jänner 2017, 15.00 – 17.00 Uhr

Einlass: ab 14.30 Uhr

Gen Othmar COMMENDA | Chef des Generalstabs

Bgdr Erwin HAMESEDER | Milizbeauftragter

Sylvia KAINZ-HUBER | EU-Kommission

Dr. Richard SCHENZ | Vizepräsident der WKO

Moderation:

Obst Erich CIBULKA | Präsident ÖOG

Wirtschaftskammer Österreich, Julius Raab-Saal

Wiedner Hauptstraße 63, 1040 Wien

Begrenzte Parkmöglichkeiten sind im Parkhaus kostenlos vorhanden

Im Anschluss an die Veranstaltung wird eine kleine Jause mit Kaffee und Kuchen gereicht.

Am Abend findet der Ball der Offiziere in der Hofburg statt.

Anmeldung bis 13.01.2017 an kontakt@wehrhaftes-oesterreich.at

Plattform Wehrhaftes Österreich | ZVR 484621332 | www.wehrhaftes-oesterreich.at

Die Teilnahme ist kostenlos. Spenden zu Gunsten der Plattform Wehrhaftes Österreich erbeten auf Konto IBAN AT51 2011 1827 5409 2500

*Ball der Offiziere
am 20. Jänner 2017*



*in der Wiener Hofburg
mit feierlicher Eröffnung um 21.30 Uhr*

KARTENPREISE:

EINTRITT: € 70

STUDENTEN € 25

KARTENVORVERKAUF UND TISCHBESTELLUNG

Absolventenvereinigung

Alt-Neustadt, 1010 Wien

Schwarzenbergplatz 1

Telefon +43 1 715 05 70

Fax +43 1 712 19 64

info@ballderoffiziere.at

ONLINE TICKETVERKAUF: www.ballderoffiziere.at





**Das sicherheitspolitische
Gewissen der Republik
Österreich**